Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

14.04.1932 (Nr. 75)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfennig

BAZ

Donnerstag, 14. April 1932 ◆ Nummer 75

Hitler-Kundgebung

am 20. April im „Casino"

Die Lortzer-Versammlung findet vorläufig nicht statt.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die BAZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbo., Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugpr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Textteil RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengesuche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Die Fahnen hoch
die Reihen fest geschlossen

Notverordnung: SA und SS verboten

Berlin, 13. April. Die mehrstündigen Beratungen des Reichskabinetts endeten am Mittwoch mittag mit dem Beschluß einer Notverordnung, durch die die nationalsozialistischen Formationen SS. und SA. mit Wirkung vom heutigen Tage verboten werden. Die Notverordnung sowie eine Begründung der Reichsregierung wird noch heute der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Die Polizeiaktionen in München

München, 13. April. Im Zusammenhang mit dem durch die Reichsregierung erlassenen Verbot der nationalsozialistischen SA. und SS. wurde am Mittwoch nachmittag in München im „Braunen Haus" eine Haussuchung durchgeführt.

Hundertschaften der Landespolizei

rückten auf Lastautos an, sperrten die Briennerstraße bis zum Obelisk ab, riegelten die Zufahrtstraßen ab und besetzten das „Braune Haus", das Nebengebäude und den Garten. Nach Durchführung der polizeilichen Besetzung wurde die Haussuchung in den Räumen der SA. und SS. begonnen. Den Pressevertretern wurde der Zutritt zu dem polizeilich besetzten „Braunen Haus" nicht gestattet und auf die spätere Herausgabe des polizeilichen Berichts verwiesen. Neben dem „Braunen Haus" wurde auch das Gaubüro des Gaues München-Oberbayern polizeilich besetzt.

SA- und SS-Heime geschlossen

Berlin, 13. April. Kurz nach Veröffentlichung des Verbotes der SA und SS am Mittwoch nachmittag begann die polizeiliche Schließung sämtlicher SA.- und SS.-Heime sowie der Büros dieser Formationen. In allen diesen Räumen erschienen starke Polizeikommandos, die Durchsuchungen vornahmen und alles vorgefundene schriftliche Material einschließlich der Karteien beschlagnahmten.

Auch aus anderen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß dort die Polizei die gleichen Maßnahmen durchgeführt hat.

Bayerisches Versammlungsverbot

München, 13. April. Wie die nationalsozialistische Parteikorrespondenz meldet, hat die Regierung von Oberbayern die für den kommenden Sonntag in Weilheim und Rosenheim geplanten nat.-soz. Versammlungen mit Adolf Hitler und General von Epp als Redner verboten mit der Begründung, daß nicht die erforderlichen Polizeikräfte zur Verfügung stünden.

Der nationalsozialistische Grenzschutz

Gegen sozialdemokratische Unterstellungen.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit:

In einer Versammlung im Berliner Sportpalast hat der preußische Ministerpräsident Braun erklärt, in der Hand der preußischen Regierung befänden sich dokumentarische Beweise für den Landesverrat der NSDAP. In diesen Dokumenten sei eindeutig bewiesen, daß die NSDAP. einen etwaigen Angriff auf die preußischen Grenzmarken zu einem Putsch benutzen wollten. **Diese Behauptung Brauns Brauns wird von der NSDAP. als unwahr auf das schärfste zurückgewiesen.** Ebenso ist die Behauptung des sozialdemokratischen „Vorwärts" erlogen, daß Adolf Hitler in seiner Rede in Lauenburg am 5. April den Sinn dieser angeblichen Dokumente bestätigt habe. Im Gegenteil, **die NSDAP. wird, wie bisher, leidenschaftlich den Kampf gegen die landesverräterischen Umtriebe der Linksparteien weiterführen.** Der Führer hat auf der Grenzlandkundgebung in Lauenburg eindeutig betont:

„Mir ist so recht verständlich, daß es keine Rettung der deutschen Grenze gibt, wenn nicht hinter den Formationen, die eine Grenze schützen wollen, das ganze Volk steht. Deutschland wird nichts mehr verlieren und kein Grenzgebiet wird mehr geopfert an dem Tag, an dem hinter Pommern, hinter Schlesien, Ostpreußen und Danzig 65 Millionen stehen."

Im gleichen Sinne hat Adolf Hitler in Elbing gesprochen:

„Ich habe eine Millionenbewegung geschaffen, die einst bereit sein wird, wenn es nottut, Ostpreußen, Schlesien und auch den deutschen Süden zu verteidigen und zu schützen."

Die Kämpfe in Oberschlesien und im Baltikum haben bewiesen, daß die Verteidigung der deutschen Grenzen nur möglich ist, wenn dem deutschen Kämpfer nicht von der eigenen Regierung in den Rücken gefallen wird. Die Leute, die damals Oberschlesien vor dem Zugriff der Polen verteidigten, stehen heute in der SA. Der Sinn der Worte Adolf Hitlers ist vollkommen eindeutig, und nur ein Blatt wie der sozialdemokratische „Vorwärts" kann versuchen, ihn in das Gegenteil umfälschen zu wollen.

Der Führer zum SA. und SS.-Verbot

Hitler hat anläßlich des SA.- und SS.-Verbots folgenden Aufruf erlassen:

Nationalsozialisten! Parteigenossen! Ehemalige SA.- und SS-Männer, ehemalige Mitglieder des NSKK u. der Fliegerstürme!

Nun wißt Ihr, weshalb ich versuchte, die Präsidentschaftskandidatur der schwarz-roten Parteien zu verhindern. General Groener hat als Auftakt für die Länderwahlen die SA. und SS. aufgelöst. Reichsbanner und „Eiserne Front" dagegen werden als staatspolitisch wertvoll angesehen und deshalb nicht verboten.

Parteigenossen!

Ich verstehe Eure Gefühle. Jahrelang seid Ihr getreu meiner Anordnung legal den Weg der Erringung der politischen Macht gegangen. Ihr seid in dieser Zeit auf das grausamste verfolgt und gequält worden. Hunderte von Kameraden wurden getötet, viele Tausende sind verwundet. Die feigen Mörder und Täter befinden sich zum überwiegenden Teil jedoch auf freiem Fuß. Für den Versuch der Notwehr habt Ihr zahllose Gefängnis-, ja Zuchthausstrafen erhalten. Trotz der zum Teil grauenhaften Not, die durch das Verschulden der heute regierenden Parteien auch Euch getroffen hat, seid Ihr brave und ehrliche Deutsche geblieben. Seumes Wort, daß einst die ärmsten Söhne unseres Volkes die treuesten Bürger sein werden, habt Ihr herrlich erfüllt. Was General Groener, Herr Braun, Herr Severing, Herr Grzesinski, Herr Stützel und Herr Brüning usw. wollen, weiß ich und Ihr wißt es auch. Unsere Antwort auf diesen neuen Verzweiflungsschlag des Systems wird keine Parade, sondern ein Hieb sein. Am 24. April ist der Tag der Vergeltung. Zu dem Zweck empfehle ich Euch, meine ehemaligen Kameraden der SA. und SS., folgendes an:

1. Ihr seid von jetzt ab nur noch Parteigenossen.
2. Ihr erfüllt als Parteigenossen Eure Pflicht, indem Ihr Euch in den Sektionen und Ortsgruppen zur politischen Wahlarbeit als Parteigenossen freiwillig mehr als je zur Verfügung stellt.
3. Gebt den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen Vorwänden die Wahl aussetzen zu können. Wenn Ihr Eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen.
4. Verliert nicht den Glauben an die Zukunft unseres Volkes, an die Größe unseres Vaterlandes und an den Sieg unserer Sache, die beiden dienen soll. Ich werde mein letztes hergeben für diesen Kampf und damit für Deutschland.

Denn trotz General Groener: Solange ich lebe, gehöre ich Euch und Ihr gehört mir. Am 24. April jedoch möge es einer gerechten Vorsehung gefallen, unseren Kampf für Freiheit und Recht zu segnen.

Es lebe unsere nationalsozialistische Bewegung, es lebe Deutschland!

Berlin, 13. April 1932.

Adolf Hitler.

Bald flattern Hitlerfahnen..

„Wenn die Regierung die SA. auflösen sollte, dann würde sie mich der Verantwortlichkeit für dieselben entheben. Ich würde dann diese 400 000 Mann nicht mehr wie bisher unter meiner Kontrolle haben und könnte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was sie im Einzelfalle tun werden. Lassen Sie ruhig die Auflösung der Organisationen erklären. Sie können meinen Leuten nicht die Köpfe abschneiden. Solange die aber Herzen und Köpfe haben, werden sie mir ergeben sein.

Adolf Hitler."

Was wir vorgestern bereits berichteten, ist nunmehr Tatsache geworden. Die SA. und SS. ist im ganzen Reich verboten. Das Braunhemd, unser Ehrenkleid, muß abgeliefert werden, die Fahnen und Standarten unterliegen der polizeilichen Sicherstellung. Unterschrieben ist diese Verordnung von dem Feldmarschall von Hindenburg und dem General Groener, zwei alten Soldaten, denen die innere Beziehung zwischen der Fahne und ihren Trägern geläufig ist. Parteipolitische Maßnahmen, letzte Rettungsversuche eines sterbenden Systems treffen uns nicht. Aber hier sollen Begriffe, innere Werte zerstört und zerschlagen werden, die durch Jahrhunderte die preußisch-deutsche Geschichte bestimmt haben und den Wesenskern unseres Volkes ausmachen. Wir wissen, daß man in Neudeutschland von diesen Dingen nichts versteht, und wir erwarten auch nicht von Herrn Severing oder Herrn Braun hierfür Verständnis, aber weil dem deutschen Volk die entscheidende Substanz, innere Wert verlorengegangen war, hatten wir unsere Banner aufgepflanzt, haben wir gekämpft 13 Jahre hindurch, haben 300 Tote und viele Tausende Verwundete auf uns genommen, haben geopfert und gelitten, nicht für eine Partei, sondern für diese letzten uns heiligen Begriffe und Ideen, die allein Träger des Staates und auch Träger einer Volksgemeinschaft über allen politischen Alltagsstrom hinweg sind. Diese Banner nimmt man uns mit Gewalt, mit einer staatlichen Macht, gegen die wir uns nicht wehren dürfen und wollen, und der wir heute unter dem Zwange der Pressenotverordnung nur sagen, daß noch nie in der Geschichte ein Diktator oder eine Regierung ungestraft die Söhne des Vaterlandes verfolgt und gepeinigt hat, die allein kraft ihrer Gesinnung und kraft der Beweise, die sie hierfür abgelegt haben, bereit sind, mit Blut und Gut für die Nation, für das Vaterland einzustehen.

Diese Gedanken erscheinen uns als die Kernfrage des SA.- und SS.-Verbotes, dem wir im übrigen, soweit es eben eine letzte Maßnahme des Systems ist, mit aller Gelassenheit gegenüberstehen. Herr von Hindenburg hat in seinem Dank an die Wählerschaft den Satz geprägt: „Laßt den Hader ruh'n und schließt die Reihen". Er hat als erste Maßnahme unsere SA.-Heime geschlossen, in denen wir Tausenden von deutschen Volksgenossen Heimat und Brot gegeben hatten. Aber er ist Reichspräsident, der überparteilich und in voller Gerechtigkeit seines Amtes walten muß. Herr von Hindenburg hat stets von einer Volksgemeinschaft gesprochen, und wir glauben,

da dieses seine erste Maßnahme uns diesem Ziele näherbringt, denn Millionen deutscher Volksgenossen, die nicht unserer Bewegung angehören, tausende deutscher Zeitungen, die sonst uns angriffen und schmähten, sie alle bilden jetzt eine Einheitsfront und es ist nur tragisch, für den Reichspräsidenten, daß diese Gemeinschaft nicht mit ihm, sondern gegen ihn zustande kommt.

Mit dem Zentrumskanzler Brüning haben wir nie irgendeine innere Beziehung gehabt, wie mit dem Soldaten von Hindenburg. Seine Wege sind nicht die unsrigen und seine Ziele kennen wir. Darum treffen uns auch nicht alle die Vorwürfe, die uns wohl auf Veranlassung des Herrn Severing macht, mit denen er die amtliche Begründung des SA.-Verbots füllt. Wir empfinden es als lächerlich, wenn man uns Landesverrat vorwirft, uns, die wir groß geworden sind im Kampf gegen landesverräterische Parteien. Und wir empfinden es als lächerlich, wenn man uns vergleicht mit dem Roten-Front-Kämpferbund, eine von Moskau bezahlte Tschela-Organisation zur Ermordung deutscher Arbeiter. Der Zentrumskanzler Brüning beweist mit alledem nur, wie weltenfern er dem Empfinden des erwachten jungen Deutschlands steht. Nur auf eines wollen wir eingehen, weil es uns charakteristisch erscheint. In der amtlichen Begründung wird von einer Privatarmee, einem Parteiheer das zum Teil unbewaffnet sei, gesprochen. Wir stehen unter der Presse-Notverordnung, aber wir dürfen wohl die „Deutsche Allgemeine Zeitung" zitieren, die noch unlängst Regierungsblatt war.

Während behauptet wird, daß die Auflösung auch aus außenpolitischen Gründen erfolgt sei, und zwar deshalb, weil der Reichskanzler den Hinweis auf diese Auflösung bei der Abrüstungskonferenz nützlich verwerten könne, ist in Wirklichkeit hier

eine Organisation der Entente denunziert worden.

Wenn die Reichsregierung offen diese Organisation als eine private Armee bezeichne, so wird jedenfalls dieses Stichwort in Frankreich begierig aufgegriffen und dem Reichskanzler von Herrn Tardieu sehr oft vorgehalten werden.

Nimmt man nun die „Pariser Morgenpresse" zur Hand, so findet man, daß die großen Blätter die Maßnahme der Reichsregierung allgemein mit der Abrüstungskonferenz in Verbindung bringen und betonen, daß die Regierung Wert darauf lege, mit reinem Gewissen in die Hauptphase der Genfer Verhandlungen einzutreten. Einzelne Zeitungen sprechen sich noch deutlicher aus, aber uns kommt es nur darauf an, festzustellen, welchen außenpolitischen Erfolg wir dem Zentrumskanzler Brüning durch die Möglichkeit geschenkt haben, unsere SA. und SS. zu verbieten.

Und nun zum Schluß. Der Aufruf unseres Führers an die bisherige SA. und SS. zeigt den Geist, in dem wir dieses Verbot auf uns nehmen. Gestern noch hatten wir nur 400 000 SA.- und SS.-Kameraden, heute sind es eine Million, heute sind es alle Parteigenossen, die in ruhig festem Schritt marschieren, die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen.

—art.

Klagges zum SA.-Verbot

Eine Erklärung im Namen der braunschweigischen Regierung.

Braunschweig, 13. April. Von Berlin aus, wo er an der Konferenz der Innenminister der Länder teilgenommen hat, übermittelt der braunschweigische Innenminister Klagges der „Braunschweigischen Landeszeitung" folgende Erklärung zu dem Reichsverbot der SA. und SS.:

„Die uns heute vorgelegte Notverordnung ist eine ebenso überraschende wie einschneidende Maßnahme. **Ich sehe mich veranlaßt, dagegen auf das schärfste zu protestieren.** Die Auflösung der nationalsozialistischen Organisationen ist im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung unzweckmäßig. Da sich diese Maßnahme nicht auch gleichzeitig gegen die militärische Organisation der Eisernen Front richtet, muß sie als ungerecht empfunden werden. **Sie bedeutet den Beginn einer politischen Entwicklung, die für Reich, Staat und Volk verhängnisvoll werden kann und muß.**

Im Namen der braunschweigischen Regierung habe ich dazu zu erklären, daß die politische Lage im Lande Braunschweig keinen Anlaß gibt, ein Verbot der SA. und SS. zu fordern oder auch nur für wünschenswert zu halten, umso weniger, als sich diese Maßnahme ganz einseitig gegen die Organisation der NSDAP. und nicht gleichzeitig gegen die Verbände der Eisernen Front richtet. Leidenschaftlichkeit und Heftigkeit der politischen Auseinandersetzungen, die im ganzen Reiche hervorgetreten sind, sind nicht durch das Bestehen der SA.-Organisation hervorgerufen. **Sie erklären sich vielmehr aus der außerordentlichen Not, die in allen Volksschichten herrscht** und diese mehr und mehr an dem seit 1918 gesteuerten politischen Kurse verzweifeln läßt. Politische Verzweiflung des Volkes muß umso undisziplinierter und hemmungsloser zum Ausdruck kommen, **je weniger straff die nationale Opposition organisiert ist.** Daher ist die braunschweigische Regierung davon überzeugt, daß das Verbot der SA. und SS. **die politische Erregung der Volksmassen nur zu steigern, nicht aber herabzusetzen in der Lage ist.** Im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung fühlt sie sich verpflichtet, die Reichsregierung auf das dringlichste davor zu warnen, **durch eine gewaltsame Lockerung und Auflösung der nationalsozialistischen Verbände der Verschärfung des politischen Kampfes Vorschub zu leisten.** Eine Entspannung der politischen Gegensätze kann die braunschweigische Regierung nicht von derartigen Zwangsmaßnahmen gegen die nationale Opposition erwarten, sondern einzig und allein von einer vom Reich zielbewußt und kraftvoll durchgeführten Politik der sozialen Schicksalsgemeinschaft, der wirtschaftlichen Gesundung und der nationalen Befreiung."

Grandi antwortet Tardieu

Appell an den gesunden Menschenverstand

Genf, 13. April. Der italienische Außenminister Grandi setzte sich heute in seiner mit Spannung erwarteten großen Rede im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz mit dem Versuch Tardieus auseinander, die Abrüstungskonferenz zu einer Sicherheitskonferenz umzugestalten. Grandi stellte zunächst fest, daß er sich die amerikanischen Ideen und Vorschläge vollständig zu eigen mache. Die italienische Regierung gehe von dem Standpunkt aus,

daß die Abschaffung der Hauptwaffen der Armeen, Flotten und Militärflugzeuge einen internationalen Angriff in Zukunft außerordentlich schwierig und gewagt machen würden. Der Weltkrieg habe gezeigt, daß ein Angriff ohne große Angriffswaffen so gut wie ausgeschlossen sei.

Gestützt auf diese Tatsache seien in den Friedensverträgen sämtliche Waffen, die einen Angriffscharakter trügen,

unterschiedslos abgeschafft worden.

Wenn man einem Staat die militärischen Angriffswaffen nehmen würde, so würde sich selbst die Ueberlegenheit eines Nachbarstaates in „potentiel de guerre" nicht auswirken können. Der große Vorteil einer Abschaffung der Hauptwaffe bestehe nicht nur in der radikalen Vernichtung der Angriffsfähigkeit, sondern in der Möglichkeit des Ausbaus der Verteidigungsmittel. Die italienische Regierung schlage der Konferenz

die vollständige Abschaffung der schweren Artillerie, Tanks, Bombenflugzeuge, Linienschiffe, Unterseeboote, Flugzeugmutterschiffe, sowie der chemischen und bakteriologischen Waffen vor.

Grandi setzte sich dann eingehend mit den Ausführungen Tardieus auseinander und betonte, daß die Abrüstungskonferenz

nur mit gesundem Menschenverstand gelöst werden könne.

Der gesunde Menschenverstand sage, daß die stärksten, tödlichsten und beweglichsten Waffen die geeigneten Mittel eines jeden Angriffs seien. Italien habe seine Vorschläge unter besonderer Berücksichtigung der Entwaffnungsbestimmungen der Friedensverträge ausgearbeitet.

Grandi wies energisch die französische Auffassung zurück, daß ein Staat nach Bruch des Kellogg-Paktes ohne weiteres auch ein internationales Abrüstungsabkommen brechen würde.

Es werde leichter sein, ein Versprechen, seine Armee einem anderen zur Verfügung zu stellen, zu brechen, als bereits abgeschaffte Waffen im geheimen neu anzuschaffen. Wenn die Abrüstungskonferenz von der Hypothese des bösen Willens ausgehe,

so breche damit das gesamte Gebäude der Sicherheit, des Friedens und des Vertrauens zusammen,

auf dem nicht nur die internationale Zusammenarbeit,

sondern auch die Gemeinschaft der Völker beruhe.

Der Redner begründete den italienischen Vorschlag eingehend und betonte, daß Italien eine fortschreitende vollständige Abschaffung der Angriffswaffen verlange. Die Abschaffung der Artillerie müsse mit der Gruppe der schweren Kaliber beginnen und bis zur fortschreitenden vollständigen Vernichtung durchgeführt werden.

In dieser Art müsse auch die Abschaffung der anderen schweren Waffen erfolgen.

Am 31. Dezember eines jeden Jahres müsse jede Regierung einen bestimmten Hundertsatz ihrer Flotte abwracken und vernichten. Die bakteriologischen und chemischen Waffen müßten sofort vollständig abgeschafft werden.

Grandi schloß: Das Ziel der Abrüstungskonferenz müsse nicht nur eine Begrenzung, sondern eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß sein.

Die Abschaffung der Waffen würde die folgenden beachtenswerten Auswirkungen haben:

1. Die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Staaten würde gestärkt werden.
2. Der Angriff würde weit schwieriger und gefahrvoller werden.
3. Die Wirksamkeit des Kellogg-Paktes und des Völkerbunds-Paktes würden gestärkt werden.
4. Eine wahrhafte Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß würde ermöglicht.

Die Rede Grandis wurde von der überwiegenden Mehrheit der Vertreter mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall aufgenommen.

Uebergriffe der Polizei

Nationalsozialistischer Bericht über die Aktionen im Reiche.

Berlin, 13. April. Von nationalsozialistischer Seite wird erklärt, daß nach aus allen Teilen des Reiches eingelaufenen Mitteilungen die Polizei ihr durch die Notverordnung gegebenen Rechte weit überschreite und die Aktion nicht auf die SA. und SS. beschränke, sondern auch die politischen Stellen der NSDAP. durch Haussuchungen belästige und in ihrer Arbeit behindere.

So sei in München die Reichspressestelle der NSDAP. von Beamten der Politischen Polizei besetzt **und der dort anwesende außenpolitische Referent Oberst a. D. Haselmeyer mit der Pistole bedroht worden. Die Beamten hätten Oberst Haselmeyer aufgefordert, die Hände hochzuheben, was dieser mit der Begründung abgelehnt habe, daß er dies als alter Offizier nicht gelernt habe.**

In allen Teilen des Reiches seien ferner Reichstags- und Landtagsabgeordnete der Partei festgenommen, die Arbeitsräume der Abgeordneten durchsucht und durchwühlt. Ein Ueberblick über die bisher durchgeführte Aktion lasse insgesamt erkennen, daß **die NSDAP. von der Polizei als Freiwild betrachtet werde.** In Ueberschreitung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Grenzen der polizeilichen Befugnisse seien u. a. Wahlmaterial, Wahllunterlagen und anderes mehr der politischen Leitung der Partei beschlagnahmt und fortgeschafft und damit die NSDAP. der durch die Verfassung vorgeschriebenen Wahlfreiheiten verlustig erklärt worden.

Die Polizeiaktion in Baden

Karlsruhe, 13. April. In Auswirkung des Verbots der SA. und SS.-Formationen wurden bereits um 18 Uhr in verschiedenen badischen Städten polizeiliche Durchsuchungen in den SA.-Heimen und Geschäftsstellen vorgenommen, so in Mannheim, Freiburg, Pforzheim und Hettlingen. In Karlsruhe erschien am Abend ein starkes Polizeiaufgebot vor dem Verlagsgebäude des „Führer", vor dem sich größere Menschenmassen angesammelt hatten. Die Beamten nahmen eine Durchsuchung in den Räumen der SA.-Leitung und der Gaugeschäftsstelle der NSDAP. vor. Die angrenzenden Straßen wurden durch starke Polizeikräfte abgeriegelt und die Menschenansammlungen zerstreut. Die Durchsuchung der SA.-Räume war rasch beendet, da sämtliche Räume leer vorgefunden wurden. Die Räume wurden von der Polizei versiegelt. Gleichzeitig fanden in den Privatwohnungen einzelner Führer und Mitglieder der SA. Haussuchungen statt.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: W. Kaftens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Rotationsdruck: Weser-Druckerei Bremen.

Von heute auf morgen

30. Fortsetzung — **Ein Roman aus unserer Bewegung**

„Irene — du und ich! Ich und du! Ich hab' dich lieb, mehr als ich sagen kann!"

„Mehr nicht, als ich dich lieb habe, du lieber Liebster!"

Jauchzend riß er sie in seine Arme. Um sie läuteten alle Glocken des Glücks.

*

Es ist nicht viel mehr zu erzählen.

Drei Tage später fand die Zwangsversteigerung statt. Otto stand in der Nähe des Tisches, an dem der Gerichtsvollzieher Posto gefaßt hatte. Im weiten Rund des Hofes waren die Bauern und einige Händler versammelt, eine stumme, dumpf brütende Gemeinde. Onkel Stephan war nicht zu sehen. Irene stand hinter dem Vorhang am Wohnstubenfenster.

Die Versteigerung begann.

Eintönig klang die heisere Stimme des Beamten. Niemand sonst sprach ein Wort. Die Bauern sogen an ihren kurzen Pfeifen oder spuckten schweigend auf den Boden.

„Bietet niemand? Zwanzig Mark — das gesamte Ackergerät! Zwanzig Mark! Geschenkt!" Und er zählte in langer Reihe das gesamte Gerät her — eine traurige Reihe.

Die Bauern rührten sich nicht.

Dem Beamten trat der Schweiß auf die Stirn. Emsig wischte er sich mit einem großen geblümten Tuch über das Gesicht.

Eine Pause entstand. Otto wandte sich an den Beamten.

„Schlechte Geschäfte, was?"

Der Mann zuckte die Achseln.

„Man tut was man kann. Ist kein fröhliches Handwerk, können Sie mir glauben!"

Otto glaubte es ihm.

Unter den Bauern entstand plötzlich eine Bewegung. Stimmen wurden laut, dumpf und grollend wie ein heranziehendes Gewitter. Dazwischen ein dünnstimmiges Kreischen, das sich fortgesetzt überschlug.

Ein kleiner, krummbeiniger Jude zog sich rückwärtsgehend nach der Treppe des Wohnhauses zurück, Angst und Frechheit in dem feisten Gesicht, aber unausgesetzt mit den Armen fuchtelnd und in den höchsten Tönen kreischend.

„Ruhe da!" rief der Gerichtsvollzieher.

Einige Bauern wandten sich um. Der Jude lärmte weiter.

„Des werde mer sehen, wer hier des letzte Wort behält! Und ich laß mer von Ihne nit des Wort verbiete. Ich werd Se verklage, daß Se komme ins Kittche. Ich werd gehe zum Staatsanwalt und werd sage: Herr Staatsanwalt, ich will mei Recht! Des werd ich sage. Und wenns e Gerechtigkeit gibt im Deutsche Reich, dann werd der Staatsanwalt . . ."

„Halt die Fresse!" dröhnte da eine tiefe Stimme. Der Jude hob unwillkürlich die Hände vor das Gesicht und kletterte hehend die Treppe hinauf.

„Un erst recht werd ich zum Staatsanwalt gehe . . ."

„Ruhe da!" wiederholte der Gerichtsvollzieher. „Die Versteigerung geht weiter."

„Ruhe!" riefen ein paar Bauern, während der Jude sich den Rücken am Türpfosten rieb und unverständliche Worte vor sich hin murmelte.

Das gleiche Spiel wie zu Anfang ergab sich. Nicht ein einziges Gebot wurde abgegeben.

Zuletzt stand da noch ein Klavier. Ein gut erhaltenes schwarzes Instrument. Der Beamte bot es aus. Keine Antwort.

„Bietet niemand?"

Da trat ein junger Bauer aus dem Kreis, ging an das Klavier heran, lüftete den Deckel und sagte:

„Will doch sehen, ob das Ding noch geht!"

Beugte sich nieder und schlug ein paar Akkorde an.

Ein Schimmer flog über die stummen Gesichter der Bauern. Der am Klavier wandte den Kopf. Nickte und griff in die Tasten. Und aus vierzig, fünfzig, hundert Kehlen stieg rauh und trotzig das Horst-Wessel-Lied.

Irene hatte das Fenster geöffnet und schaute groß, verzaubert auf die Gemeinde von Sängern, die andächtig, ergriffen, entblößten Hauptes dastanden und ihr Kampflied sangen.

Der Jude hatte sich scheu davon gemacht und Otto fühlte, wie ihm etwas heiß in die Kehle stieg.

„Bald wehen Hitlerfahnen über allen Straßen,
Die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit!"

Es klang wie ein Schwur, stahlhart und siegesgewiß.

Das Lied verklang. Der am Klavier klappte den Deckel zu. Die anderen wandten sich zum Gehen.

Da legte Otto dem Beamten die Hand auf den Arm und bat, ein Wort reden zu dürfen. Ohne die Antwort abzuwarten, stieg er auf den Tisch, hob die Hand und bat um einen Augenblick Gehör.

Die Bauern machten Kehrt und schauten neugierig zu ihm hinauf.

Otto brauchte nicht nach Worten zu suchen. Das Herz lag ihm auf der Zunge. Er sagte, daß er von weither übers Meer gekommen sei, um in Deutschland wieder eine Heimat zu finden. Er sei selber ein Sohn der Scholle, aber sein väterliches Besitztum sei in fremder Hand. Nun habe er hier auf Lichtweiher eine zweite Heimat gefunden. Ein edles, großes und gütiges Herz sei ihm in Liebe zugetan und er habe sich entschlossen, hier auf Lichtweiher Wurzel zu fassen und einer der Ihrigen zu werden mit Gottes Hilfe. Zum Zeichen, daß es ihm ernst sei, bat er sie, ihm zu gestatten daß es Haus und Hof mit allem lebenden und toten Inventar an sich bringe.

„Ich will nicht," so schloß er, „daß ein Anwesen, um das meine liebe Braut gebangt und geweint hat, unter den Hammer kommt. Euch alle aber bitte ich: nehmt mich auf als einen der Euren. Vereint wollen wir arbeiten, dulden und hoffen, daß der Tag der Freiheit nicht mehr fern ist! Es lebe Deutschland! Heil Hitler!"

Hundert Arme reckten sich empor. Aus hundert Kehlen dröhnte das Heil, und noch einmal klang es, siegesgewisser noch als das erste Mal:

„Bald wehen Hitlerfahnen über allen Straßen,
Die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit!"

Otto war ins Haus geeilt und trat nun an der Seite Irenes auf die Treppe.

Da hoben sich wieder die Hände und dröhnten wieder die Heilrufe. Und dann kamen sie heran und reichten den Glücklichen die Hände, und in aller Augen war ein frohes, festliches Leuchten.

Ende.

Notverordnung des Reichspräsidenten

„zur Sicherung der Staatsautorität"

Berlin, 13. April. Die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die die nationalsozialistischen Formationen verboten werden, trägt den Titel „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932". Sie besagt:

§ 1.

Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (insbesondere die Sturmabteilungen (SA. und Schutzstaffeln (SS.) mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschl. der SA-Beobachter, SA-Motorstürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeistereien werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2

1. Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisationen oder eines Teiles ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärähnlichen Zwecke der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministeriums des Innern muß dies geschehen.

2. Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstaufsichtswege zulässig. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

3. Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3.

1. Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder den Tätern noch einem Teilnehmer gehören.

4. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des § 3 mit ihrer Verkündung in Kraft. § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. April 1932.

Der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern, mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt der Reichswehrminister, der Reichsminister der Justiz.

Die Durchführungsbestimmungen

Berlin, 13. April. Auf Grund des § 4, Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 175) wird hiermit verordnet.

§ 1.

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der im § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA.-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungsfrist zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie eine andere Unterkunftsmöglichkeit erlangen und für eine angemessene Uebergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

§ 2.

Der polizeilichen Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstanzug der SA. gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, einschließlich der Abzeichen, wie sie im einzelnen auf Seite 105 ff. der Dienstvorschrift für die SA. aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärischen Zwecken der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B. Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerkstelligung des Nachrichten- und Reichsdienstes, Sanitätsmaterial; Instrumente der Spielmanns- und Musikzüge, Feldküchen und Zelte.

Die amtliche Begründung

Berlin, 13. April. Amtlich wird mitgeteilt:

Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstigen militärähnlichen Formationen der NSDAP. sind heute durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Herrn Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen.

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteiheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit kasernenmäßiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können oder aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalthandlungen durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungskreise können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei, fordern muß, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Legalitätserklärungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde. Die Führer dieses Privatheeres müssen gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei Besonders zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen. Davon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwere Ordnungswidrigkeiten und Uebergriffe festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weiteste Volkskreise getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen Einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst, sie entspricht einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsführung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgend eine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel beschafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Rote Frontkämpfer-Bund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnot mit tatkräftigen Mitteln angehen. Wir müssen in schicksalshaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter **einer freiheitlichen Verfassung.** Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrechterhält.

Die Reichsregierung weiß sich in ihrer Auffassung der Lage mit der großen Mehrzahl der Länderregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP. soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP. selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu wie allen anderen Parteien.

Ueber allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsatz des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

4 Millionen RM. dem Deutschen Reich geschenkt!

Daß das Reich ein gutes Geschäft an seinen Münzen macht, ist bekannt. Der Wert des Metalles entspricht bei den Silbermünzen und dem Scheidegeld bei weitem nicht dem aufgeprägten Wert. Wenn also im Dezember für rd. 63 Millionen, im Januar für rd. 54 Millionen, im Februar für rd. 59 Millionen und im März sogar für rd. 70 Millionen RM. „silberne" Fünfmarkstücke geprägt worden sind, so ist das ungefähr so etwas wie eine kleine Inflation. Bei der großen Inflation gab man Papiergeld aus, jetzt macht man es mit minderwertigem Silbergeld. Damals wurde das Papiergeld allmählich wertlos, jetzt setzt man Scheidegeld außer Kurs und erzielt dadurch eine unfreiwillige Schenkung durch die notleidende Bevölkerung an das Reich von 4 Millionen RM. Die Aluminiumbronzemünzen von 50 Reichspfennige sind nämlich für wertlos erklärt worden. — Von den im ganzen geprägten 218 918 200 Stück sind 7 837 075 Stück trotz mehrfachen Aufrufes nicht rechtzeitig an die Reichskassen zurückgeliefert worden. Dadurch ist dem Deutschen Reich ein Geschenk von rd. 4 Millionen RM. gemacht worden. — Der gute Vater Staat darf so etwas tun. Beim Privatmann würde es Treu und Glauben widersprechen!

Der Wert des im Umlauf befindlichen Hartgeldes betrug am 1. April an Fünfmarkstücken 655 190 680 RM., an Dreimarkstücken 263 515 149 RM., an Zweimarkstücken 213 661 538 RM., an Einmarkstücken 256 463 582 RM., also an sogenanntem „Silber"geld insgesamt rd. 1,39 Milliarden RM. Nickelmünzen waren im Einzelwerte von 50 Pfennig für 73 255 094 RM. zum Vierteljahrsbeginn im Umlauf, ferner für 64 812 510,80 RM. Zehnpfennigstücke und für 28 048 423,25 RM. Fünfpfennigstücke, also von diesen Geldsorten für rd. 166 Millionen RM. Von den neuen Vierpfennigstücken, im Volksmund Brün-inge genannt, die einen sehr problematischen Metallwert besitzen sollen, waren bis Ende Februar für 3083,23 RM. und im März für weitere 633 125,24 RM. geprägt worden. Im Umlauf befanden sich schließlich noch für 4 993 267,90 RM. Zwei-Reichspfennigstücke und für 5 386 300,14 RM. Ein-Reichspfennigstücke. Von den Nachkriegskupfermünzen waren mithin insgesamt für rd. 11 Millionen RM. geprägt worden. Der berechnete Gesamtwert aller Münzen ist dementsprechend 1 567 967 843,59 RM. — Außerdem sollen noch Goldmünzen vorhanden sein, die aber der gewöhnliche Steuerzahler niemals zu sehen bekommt. Vollen Kurswert haben die alten Pfennigstücke, die mit ihrem Werte auch vom jetzigen Staate voll anerkannt werden, trotzdem sie die kaiserlichen Adler tragen, also eigentlich einen überwundenen Standpunkt darstellen sollten. Ach, hätte man doch recht viele davon gehabt; sie sind mit 100% aufgewertet worden!

Schacher um die Beute

Kaum ist die zweite Präsidentenwahl beendet, da fällt der Interessentenhaufen des Hindenburgausschusses gegenseitig übereinander her. Jeder will Sieger sein, wenn auch nicht alle so laut brüllen wie die Wellblechhusaren in ihrer Löwenhaut. „Hindenburg, der überparteiliche Einigkeitskandidat" — so hieß es vor der Wahl; jetzt will jeder mit Hindenburg seine Parteisuppe kochen. Die einen meinen mit ihm die zweite Republik zu errichten, die anderen ein nationales Reich. Alle jedoch wollen das Gleiche: Anteil am Geschäft! Sie umschreiben es nur je nach Mentalität ihrer Wähler. Um nur ein Bündel der „Forderungen" herauszugreifen: Die SPD. verlangt das Verbot der SA., dazu Subventionen für die Konsumgenossenschaften u. a. m., die Staatsparteiler wollen „ein neues Preußen", das Zentrum weiß, was es hat und will alles behalten und so geht es fort bis zu den Evangelimännern, die als Parole des sogenannten "Christlich-Sozialen Volksdienstes" kühn ausgeben: „Mit Hindenburg gegen Braun!"

Diese Kleinmütigen und Undankbaren! Da hat sie die „Eiserne Front" gerettet und nun wollen sie mit Hindenburg den Exponenten dieser Wahlhelfer schlagen. Der — nach Lesart der marxistischen Presse — „gerettete" Hindenburg soll seine „Retter" schlagen. Das glauben die Herrschaften wohl alleine nicht. Doch für die Wahlpropaganda, im Nun auf die Landtagsmandate ist der Gesellschaft jedes Mittel recht. Diesmal aber kann man die Wählerschaftlein nicht mit falschen Parolen einfangen; es ist auch nicht mehr nötig Farbe zu bekennen. Alle diese Parteien der Hindenburgfront haben zusammen mit dem Marxismus aus einem Troge gefressen und werden weiter mit der Sozialdemokratie paktieren. Diese Möglichkeit aber wird und muß ihnen im neuen Landtag genommen werden!

Ausbildung einer Zentrums-Kampftruppe?

Die Konkurrenz des „überparteilichen" Reichsbanners und deren völliges Aufgehen in der Wellblechfront wurmt manche Zentrumsführer sehr und man versucht darum — natürlich unter patentchristlichem Vorzeichen — eigene „Staffeln" aufzustellen. Bereits kurz nach Regierungsantritt tauchte der Plan zur Errichtung einer „Kreuzschar" auf, von der sogar an einzelnen Orten Gruppen gebildet wurden, die jedoch schnell wieder verschwanden. Nun will man aus christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen heraus in einer sogenannten „Volksfront" ein Konkurrenzunternehmen der marxistischen Koalitionsbrüder begründen. In einzelnen westlichen Hochburgen ist diese „Volksfront" bereits an die Oeffentlichkeit getreten wobei die Führer dieser schwarzen „Kampftruppe" für einen „sozialen Rechts- und Freiheitsstaat gegen die Diktaturgelüste der Reaktion" auftraten.

Die Hauptkraft dieser „Volksfront" soll jedoch nach dem Muster des Reichsbanners auf eine polizeiliche Ausbildung der Mitglieder gerichtet werden, wozu von amtlicher Seite Ausbildungspersonal angeboten worden sein soll. Obwohl diese merkwürdige Zentrumstätigkeit bereits Gegenstand einer Anfrage an das Staatsministerium im Preußenparlament ist, wird die Oeffentlichkeit über die wirklichen Ziele der „Volksfront" immer noch im Unklaren gelassen. Man wird diese aktiven Zentrumsversuche besonders aufmerksam verfolgen müssen, damit die Beunruhigung der Oeffentlichkeit zu den kommunistischen und marxistischen Umtrieben nicht auch von Zentrumsseiten neue Nahrung erhält.

26 Landeswahlvorschläge

Die Wahlvorschläge für die Landtagswahlen in Preußen sind am Mittwoch vormittag erfolgt. Sie umfassen im ganzen 26 Parteien, bzw. Stammtischvereine. Als besonders markante Neuerscheinungen sind die von Graf Westarp geleitete „Nationale Front deutscher Stände" und die „Menschheitspartei". Die einzelnen Gruppen lauten wie folgt:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
2. Deutschnationale Volkspartei.
3. Preußische Zentrumspartei.
4. Kommunistische Partei Deutschlands.
5. Deutsche Volkspartei.
6. Nationale Front deutscher Stände (Reichspartei des deutschen Mittelstandes, Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk, Junges Recht).
7. Deutsche Staatspartei.
8. **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung).**
11. Deutsch-hannoversche Partei.
14. Christlich-Sozialer Volksdienst.
18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.
19. Höchstgehalt der Beamten 5 000 RM., für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten.
20. Radikale Partei (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand, früher Radikale deutsche Staatspartei).
21. Nationale Minderheiten in Deutschland.
22. Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot."
23. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, idealistische Bewegung Deutschlands.
24. Deutsche Volksgemeinschaft (völkisch-revolutionäre Wirtschaftsbewegung).
25. Nationale Opposition der vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten.
26. Menschheitspartei.

Abgelehnt wurde ein von der „Deutschen Steuerzahlerschutzpartei" in Ostfriesland eingereichter Landeswahlvorschlag, der in keiner Weise den gesetzlichen Erfordernissen entsprach.

Ziehungsbeginn:
Nächste Woche

Geld in Massen
auch für Sie
durch die Klassenlotterie

114 Millionen 260 Tausend RMark

1/8 5 RM — **Lose 1. Klasse** in allen Abschnitten **in Bremen** zum Friedenspreise
bei den Staatlichen Lotterie-Einnehmern
1/4 10 RM — **Wilhelm Oscar Bruns**, Obernstr.-Ansgarikirche
1/2 20 RM — **D. Fedden**, Contrescarpe 1
Theodor Krumpipen, Bahnhofstr. 34
1/1 40 RM — **Josef Schwartze**, Am Markt 15-16

Zu vermieten

Nähe Bahnhof
möbl. Zimmer
Bad, Tel., Heizg.
Hoppenbank 3
ab Kembertikirche

Gemütlich möbliert.
ruhiges Zimmer
sonnige Lage. Bahnhofsnähe, vorderes Parkviertel z. 1. Mai
Kaiser-Friedrichstr. IIa I

Mietgesuche

2 solide SA.-Männer suchen 1 leeres
Zimmer
möglichst Neustadt
Ang. u. F 366 b. V.

Stellengesuche

SA-Mann
sucht Beschäftigung Gartenarbeit, Umgraben alle Frühjahrsarbeiten.
Ang. u. E 365 b. V.

Unterstützt das Handwerk!

Mauerarbeiten
prompt und billig
J. K. MARTEN
Baugeschäft
Fesenfeld 13 · Ruf: Hansa 41960

Glaserei
Bildereinrahmung
Pg. Schnaars
Schwachhauser Heerstr. 293, Ruf H. 448 88
Spez. Wintergarten dichten

Maßanzüge
Reparaturen billigst
Pg. Rudolf Steinke
Goethestraße 28 / Hansa 42029

persönlich und schick
nur nach
Hilligs-Maßschnitt
Anfertigung sämtlicher Schnittmuster nach Maß. · Ausbildung in der Zuschneidekunst
Wulwesstraße 18 · Domsh. 29427

ELEKTROTECHNIK
R.: Weser 833 43, St. Magnusstr. 59
Licht- und Kraftanlagen, Radio Reparaturen aller Art
W. Pfützenreuter

Malerarbeiten
sauber und preiswert
KARL BARTOLS
Vagtstraße 7

Handwerk in Not!

Stadttheater

Heute
Donnerstag, 20 Uhr,
161. Abonnements-Vorstellung:
Undine
Freitag, 20 Uhr:
Geschlossene Vorstellung.
Sonnabend, 20 Uhr,
162. Abonnements-Vorstellung:
In der Neueinrichtung von Prof. Reinhardt
Die schöne Helena
Sonntag, 11 Uhr, 14. Vorm.-V.
Tanz-Matinée
Aurel v. Milloß a. G., Lore Jentsch, sowie das ges. Ballett u. die Kindertanzschule des Stadttheaters.
15 Uhr, 62. Nachm.-Vorstellung:
Im weißen Rößl
19.30 Uhr, 163. Abonn.-Vorstell.:
Tannhäuser
und der Sängerkrieg auf der Wartburg
Damen: Reich, Roller; Herren: Barton, Schweinsberg, Boehm

In den Centralhallen
Düsternstraße
Volkstümliche Vorstellungen des Stadttheaters
Sonntag, 17. April, abends 20.15 Uhr:
In neuer Einstudierung
„Mein Leopold"
Volksstück in 3 Akten von A. L'Arronge, Musik von R. Bial
E. Jonas mit Gesangs- und Tanzeinlagen. Kleine Preise: 50 Pfg., 1.—, 1.50, 2.— Mk.

Amtl. Bekanntmachungen

Die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen der Gehöfte Seehausen, Landstraße 104 und 108, ist erloschen.
12. 4. 32. **Polizeidirektion.**

Der in Verlust geratene, am 27. 3. 31, für Carsten Franz Carl Nikol. Mende, geb. 7. 11. 1909 in Bremen, ausgestellte Kraftwagenführerschein wird für ungültig erklärt.
Polizeidirektion.

Der am 25. 9. 29 für Martin Nagel, geboren am 25. 5. 93 in Hörspe, ausgestellte Kraftwagenführerschein wird für ungültig erklärt.
Polizeidirektion.

Freibankfleisch: Mittwoch, d. 13. April, 10—12 Uhr, Schlachthof, Fleischabgabe an jedermann, solange der Vorrat reicht. Pfund 20—40 Rpf.

Gemäß § 63 der Prüfungsordnung für Aerzte vom 5. Juli 1924 hat der Reichsminister des Innern am 29. März 1932 in einer Beilage zu Nr. 14 des Reichsministerialblattes ein **neues Verzeichnis derjenigen Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute veröffentlicht, die bis auf weiteres zur Anahme von Praktikanten ermächtigt sind,** worauf Interessenten hierdurch aufmerksam gemacht werden.

Nach dem Verzeichnis können folgende Anstalten im bremischen Staatsgebiet die dabei bemerkte Zahl von Praktikanten annehmen:

Krankenanstalt in Bremen	20
Pathologisches Institut der Krankenanstalt in Bremen	2
Hygienisches Institut in Bremen	2
St. Josephs-Stift in Bremen	6
Evangelisches Diakonissenhaus in Bremen	2
Willehadhaus vom Roten Kreuz in Bremen	3
Wöchnerinnenheim in Bremen	1
Städtisches Krankenhaus in Bremerhaven	1
St. Josephs-Hospital in Bremerhaven	1
Bremische Heil- und Pflegeanstalt in Ellen bei Bremen	2
Städtisches Krankenhaus „Hartmannsstift" in Vegesack	1

11. 4. 32. **Medizinalkommission des Senats.**

Gesundheitsamt.

Berichtigung

Oeffentliche Impfungen in der Turnhalle der Schule auf der Hohwisch.

Die öffentlichen Impfungen finden vom 12.—26. April, Dienstag und Donnerstags, nicht Freitag, statt.

Die Pflasterarbeiten zur Neupflasterung der Kreuzung **Pappelstraße-Rathenaustraße,** Abstellgleis **Gastfeldstraße,** Weiche **Rathenaustraße** und Anschlußgleis **Rathenaustraße-Lagerplatz Bremer Straßenbahn,** sollen vergeben werden. Bedingungen für 1,50 RM., Bauhof, Zimmer 2, erhältlich. **Angebote sind bis Montag den 18. April ds. Js., 11 Uhr,** Bauhof, Zimmer 28, einzureichen.
Straßen- und Brückenbauamt.

Der Plan über die Auslegung eines Fernsprechkabels von der Franz-Schütte-Allee—Bahrerstraße bis zum Postamt **Oberneuland** liegt bei dem **Telegraphenbauamt in Bremen,** Fernsprechbauabteilung Komturstraße 2a u. beim Postamt in **Oberneuland vom 14. April 1932** ab 4 Wochen aus.
Bremen, den 9. April 1932.
Telegraphenbauamt.

Familien-Anzeigen

Verstorbene:
Ernst Dusmann, 54 J.; Johanne Marie Schumacher geb. Herckfen, 62 J.; Johanne Rickmann verw. Rusch geb. Brüggemann; Anno Homann geb. Stege, 68 J.; Friedrich August Voß, 58 J.; Ernst Bartels, 75 J.; Sophie Theilke Wwe. geb. Tiefsen, 88 J.; Diedrich Behrens; Otto Grau.

Geburten:
1 S. Armin Sauer und Lenchen, geb. Wenzel. 1 S. Dr. med. Vilmar und Frau geb. Siekmann.

Stellengesuche

Suche für meine Schwester, 20 Jahre alt
Stellung im Laden oder Haushalt
bei Parteigenossen.
Regenthal, Syke

Unterricht

Frischens ermäßigte Schreib-Sprach- u. **Handelskurse, Bredenstr. 14** ab Martinistr. Eintritt jederzeit.

Darlehen
zinsfrei, langfristig, unkündbar, zum Kauf von Möbeln, Klavieren, Geschäfts-Einrichtungen, Maschinen aller Art, für Aussteuer- u. Studienzwecke und Entschuldung. Kürze Mindestwartezeit. Kl. Monatsabtragungsraten
Mobilar-Darlehnskasse „Hansa" G.m.b.H.
Lübeck. Geschäftsstelle Bremen:
H. Asendorf, Bremen, Busestr. 34

Verzogen
von Rathenaustraße 56 I
nach **Pappelstr. 95-97**
Georg Pahlmann, Dentist

Bremer
Stadttheater
Sonntag, den 17. April 1932, vorm. 11 Uhr, 14. Vorm.-V.
Tanz-Matinée
Aurel v. Milloss
als Gast
Lore Jentsch
das gesamte
Stadttheater-Ballett
und die
Kinder-Tanzschule
Solo-, Duett-, Gruppentänze
Kleine Preise: M. 0.30 b. 2.75
Der Vorverkauf findet täglich vormittags von 10.30 bis 13.30 Uhr u. nachmittags von 17.30 bis 19.30 Uhr u. abends an der Theaterkasse statt.

Inseriert in der BNZ

Sonder-Vorstellung im Bremer Schauspielhaus

Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr

„Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz"
Ein gewaltiger Erfolg, wie ihn das Theater bei einem Schauspiel kaum je erlebte!

Das neue deutsche nationale Drama
Der 18. Oktober

Schauspiel in 3 Akten von Walter Erich Schäfer
mit einleitendem Vortrag von Hanskarl von Sichart, Hauptschriftleiter der BNZ

veranstaltet vom Kulturausschuß der NSDAP. Ortsgr. Bremen

Bedeutend verbilligte Eintrittspreise:
Orchestersessel, Klublogen, Rangsessel ..... RM 4.—
Mittelparkett RM 2.50
I. Parkett, Ranglogen, Rangsessel, 2. und 3. Reihe ... RM 3.—
II. Parkett RM 2.— II. Rang RM 1.—

Vorverkauf an der Theaterkasse, Emil Fedden, Am Wall 169 und BNZ, Papenstraße 15

Aus Bremen Stadt und Staat

Vortragsabend des Nautischen Vereins in Bremen

Am Mittwoch, dem 13. April 1932, veranstaltete der Nautische Verein zu Bremen in Gemeinschaft mit der Gesellschaft der Freunde der Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt einen Vortragsabend im großen Saal der Handelskammer in Bremen. Es wurden drei Lichtbildervorträge über schiffahrtstechnische Probleme gehalten, deren jeder in knapper konzentrierter Form die wichtigsten Ergebnisse in dem betreffenden Fortschrittsgebiet behandelte. Der 1. Vortragende, Herr Dipl.-Ing. H. Kloeß, Bremen, behandelte „Neuere Erfahrungen mit der Maierform" und stützte sich im wesentlichen auf die Ergebnisse des erfolgten Umbaues des holländischen Passagierdampfers „Slamat". Das 2. Referat, welches von dem Direktor der Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt, Herrn Dr. Kempf, erstattet werden sollte, wurde wegen Erkrankung Dr. Kempfs von Herrn Dr.-Ing. E. Foerster, Hamburg, auf Grund des von Herrn Dr. Kempf vorbereiteten Materials gehalten und behandelte die „Strömungsregelung durch örtliche Formgestaltung der Schiffe", insbesondere die Frage des Wulstbugs und wulstartiger Anschwellungen an anderen Stellen des Schiffskörpers zur Erzielung günstigster Strömungsbedingungen um die Schrauben-Propeller. Das 3. Thema befaßte sich mit den „Nautischen Fragen beim Schiffsantrieb durch Schaufelgitter" (Voith-Schneider-Propeller). Dieses Referat war auf besonderem Wunsch des Nautischen Vereins für diesen Vortragsabend angesetzt worden und wurde von Herrn Dr.-Ing. E. Foerster gehalten.

Stimmscheine für die Preußenwahl am 24. d. Mts. können vom Bremischen Wahlamt nicht ausgestellt werden. Bei diesen Wahlen sind nicht etwa sämtliche preußischen Staatsangehörigen stimmberechtigt, sondern nur diejenigen, die in eine preußische Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen sind, und das sind nur solche Personen, die ihren Wohnsitz im preußischen Staatsgebiet haben.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse in Bremen wählte für den verstorbenen Herrn Senator a. D. H. Bömers, zum Vorsitzenden Herrn Reinh. H. Schmidt, Teilhaber der altangesehenen Firma Plump u. Heye.

Diebesbande ermittelt. Festgenommen wurden hier 18—25 Jahre alte von auswärts stammende Wanderburschen, die hier seit einigen Wochen in Herbergen wohnten und von dort aus täglich gemeinsam Diebestahrten in verschiedene Warenhäuser unternahmen. Sie stahlen Uhren, Taschenmesser, Krawatten, Strümpfe, Toiletten- und Gebrauchsgegenstände sowie Lebensmittel, die sie gegen geringes Entgelt in Herbergen und Heimen an andere Wanderburschen verscheuerten. Ferner konnte ihnen ein Einbruch in einen Verkaufsstand in Wesermünde nachgewiesen werden, den sie auch von hier aus unternommen und wobei sie mehrere 100 Zigaretten erbeutet hatten.

Besichtigung des Bremer Schlacht- und Viehhofes. Anläßlich des 50jährigen Bestehens des Bremer Schlacht- und Viehhofes ist Gelegenheit zur Besichtigung der gesamten Anlagen gegeben. Am Sonntag, den 17. April 1932, finden sachkundige Führungen um 9, 10, 11 und 12 Uhr statt. Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anlage auch sonst nach Anmeldung bei der Direktion zur Besichtigung frei steht.

Bremer Volkshochschule. Botanische Ausflüge in die weitere Umgebung Bremens unter Führung von Dr. Schütt. Meldeschluß für die Teilnahme am 14. April — Wanderungen durch die Vogelwelt Niedersachsens, unter Führung von Prof. Wellmann. Vorbesprechung am Freitag, 15. April, 20 Uhr, in der Oberrealschule. — Karten in den Buchhandlungen von G. Winter, am Wall 161, und K. Anders, Meterstraße 5-7.

Vermessungsschiff Meteor sowie Peilboot 2 verließen gestern vormittag Wilhelmshaven zu Vermessungsarbeiten in der Emsmündung. Der Verband des Befehlshabers der Linienschiffe ist gestern vormittag von Kiel zu den Frühjahrsverbandsübungen ausgelaufen. Voraussichtlich am Freitag, den 15. April, nachmittags, wird der Verband in Swinemünde einlaufen. Das Fischereischutzboot „Elbe" beabsichtigt am 14. April, vormittags, Wilhelmshaven zu verlassen und nach Cuxhaven und List in See zu gehen. Poststation v. 14.—17. April Cuxhaven (letzte Postabholung am 18. April morgens), vom 18. bis 20. April List (letzte Postabholung am 21. April morgens), und dann bis auf weiteres wieder Wilhelmshaven.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, Lortzings Zauberoper „Undine" mit den Damen Mühlbach, Held und den Herren Treffner, Boehm, Schweinsberg, Kasper und Erich Witte a. G. Freitag, für die Deutsche Bühne „Iphigenie auf Tauris". Vorher Ouvertüre für „Iphigenie in Aulis" von Gluck. Sonnabend: „Die schöne Helena". Sonntag: 11 Uhr: Tanz-Matinee mit dem ausgezeichneten Solotänzer Aurel v. Milloß als Gast, Lore Jentsch und dem gesamten Ballett des Stadttheaters. Das Programm bringt u. a. die wundervollen Ungarischen Tänze von Brahms und exotische Gruppentänze nach der Musik von Milhaud. Kleine Preise. Nachmittags: „Im weißen Rößl". Abends: Zum ersten Male in dieser Spielzeit: „Tannhäuser" mit den Damen Reich (Elisabeth), Roller (Venus) und den Herren Barton (Tannhäuser), Schweinsberg (Landgraf), Boehm (Wolfram). Dienstag: „Der Rosenkavalier". In Vorbereitung „Die toten Augen" von Eugen d'Albert, „Kleider machen Leute" von Alexander Zemlinsky und die „Meistersinger von Nürnberg", im Schauspiel „Revolution gegen die Witwer" von Hans Balzer und „Mutter muß heiraten" von Karl Lerbs. — **„Der Bauerngeneral"**, die neue überaus erfolgreiche Operette von Oscar Straus nach dem Textbuch von Julius Brammer und Gustav Beer, kommt am Sonntag, den 24. April, im Stadttheater unter Ferdinand Ahnelts und Henry Thiels Leitung heraus. Die Operette war in Wien und Berlin einer der größten Operettenerfolge der letzten Jahre und wird mit den entzückenden lyrischen Melodien, den leichtbeschwingten Chansons, den einschmeichelnden Walzern und schwärmerischen Tangos und seinem farbigen russischen Kolorit auch in Bremen begeisterte Aufnahme finden.

Schauspiel in den Centralhallen. Die beliebten Schauspiel-Aufführungen des Stadttheaters in den Centralhallen werden am kommenden Sonntag mit der prachtvollen urwüchsischen Volkskomödie „Mein Leopold" wieder aufgenommen. Wiederholungen des unverwüstlichen Stückes finden statt am Donnerstag und Sonnabend nächster Woche. (Siehe Anzeige.)

Vereinigte Theater.

„So'n Windhund". Ab Freitag, den 15. d. Mts., läuft im Metropol-Theater, Kaiser-Theater und Hansa-Theater der neue große Tonfilm-Lach-Schlager „So'n Windhund" nach dem vielbelachten Bühnenwerk von Hoffmann und Kraatz. Mit Ralph Arthur Roberts, Max Adalbert, Johannes Riemann, Lucie Englisch und Hansi Arnstädt an der Spitze eines großen weiteren Komiker-Ensembles ist hier eine ganz ausgezeichnete Tonfilm-Komödie von größter Publikums-Wirksamkeit entstanden.

„Der Sieger". Der Riesen-Erfolg des neuen Ufa-Ton-Schlagers „Der Sieger" im Metropol-Theater würde wohl zu einer Verlängerung des Programms in diesem Theater zwingen, aber anderweitiger dringender Dispositionen wegen ist eine Prolongation im Metropol-Theater leider unmöglich und wird daher der Erfolg im Apollo-Theater und Palast-Theater ab Freitag fortgesetzt.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba 1 6.35 unverzollt, Barusso (80 kg) 5.30 unverzollt. Gerste: Russen 9.10 verzollt, La Plata 9.05 verzollt, Donau 9.— verzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56 kg 9.75, dto. 52-3 kg 9.35. Mais: La Plata 8.55 verzollt, Donau Galfoz 8.10 verzollt. Tendenz: Stetig!

Bremer Viehmarktbericht. 12. April. Auftrieb: Ochsen 48, Bullen 148, Kühe 154, Färsen 58, Kälber 394, Schafe 97. Lebend ausgeführt: Rinder 123, Kälber 51, Schafe 12. Marktverlauf: In allen Gattungen mittel. Preise: Ochsen a 1) 37—38 (25), b 1) 32—36 (23); Bullen a) 31—33 (57), b) 28—30 (48), c) 23—27 (44); Kühe a) 26—28 (31), b) 21—25 (51), c) 17—20 (28), d) 12—16 (28; Färsen a) 33—35 (30), b) 29—32 (16), c) 25—28 (12); Kälber a) —, b) 45—48 (115), c) 38—44 (96), d) 28—37 (85), e) 16—27 (98); Schafe —, a 1) Lämmer 40—42 (55), b) 30—35 (42). — Fleischmarkt: Geschlachtet eingeführt: Rinder 96, davon 9 Dänen, Kälber 134, Schafe 59, Schweine 179. Geschäftsverlauf: Langsam. Preise: Rindfleisch a) 57—60, b) 50—54, c) 35—49; Kalbfleisch a) 80—85, b) 71—79, c) 40—70; Schaffleisch a) 86—90, b) 75—85, c) 50 bis 74; Schweinefleisch a) 51—53, b) 46—50, c) 30—45.

Durchführung des SA.-Verbots in Bremen

Korrektes Vorgehen der Polizei

In Bremen sind bislang, im Gegensatz zu den meisten Städten des Reiches, keine polizeilichen Maßnahmen gegen die Geschäftsstelle erfolgt. Auch an eine Beschlagnahme von SA.-Materialien wird, wie amtlich bekanntgegeben wird, im Augenblick nicht gedacht, da der Paragraph 2 der Verordnung nur eine Kann-Vorschrift ist. Die offizielle Mitteilung von dem Verbot von SA. und SS. wurde dem Geschäftsführer und dem Standartenführer am Nachmittag durch Herrn Polizeipräsidenten Petri und Herrn Polizeihauptmann Kruse überbracht. Die Leitung der SA. betont mit Anerkennung das korrekte Vorgehen der hiesigen amtlichen Stellen.

In Hamburg wurden am Mittwoch nachmittag durch große Polizeiaufgebote die einzelnen Büros der Nationalsozialistischen Partei sowie auch das Gaubüro in der Moorweidenstraße polizeilich durchsucht. Hierbei ereignete sich ein Zwischenfall. Als die Polizei das Haus betrat, war dieses vollkommen

unter Tränengas

gesetzt. Die Polizei vermochte im ersten Augenblick nicht in das Haus einzudringen. Die Scheiben der unteren Büroräume wurden von den Polizeibeamten eingeschlagen. Vom Gaubüro wurde der Leiter des Gaubüros, von Allwörden, sowie fünf andere anwesende Nationalsozialisten, darunter einige Bürgerschaftsabgeordnete, mit einem Polizeiauto zum Stadthaus zur Vernehmung geführt. Außerdem wurden in Hamburg etwa 25 bis 30 Wirtschaftslokale untersucht, die als Aufenthalts- und Verkehrslokale der Nationalsozialisten bekannt sind.

Auch in Altona wurden sofort nach dem offiziellen Erlaß des SA.-Verbots Ueberfallkommandos mit besonders instruierten Beamten zu den verschiedenen nationalsozialistischen Büros entsandt. Die Polizei durchsuchte sämtliche Häuser bis in den letzten Winkel, fand jedoch nichts vor. Ueber dem Eingang des nationalsozialistischen Parteibüros hatte man ein großes Schild angebracht mit der Aufschrift:

„Herzlich willkommen."

Anteil der Flaggen am bremischen Seeschiffsverkehr.

Von den im ersten Vierteljahr im bremischen Seeschiffsverkehr angekommenen 1 863 735 NRT. waren 1 312 977 NRT. oder 70½ % unter deutscher Flagge. Ihr Anteil nahm damit gegenüber dem ersten Quartal 1931 um ¾ % zu. Die den zweiten Platz belegende britische Flagge konnte mit 161 547 NRT. oder 8,7 % ihren Anteil nicht ganz behaupten (9 %). Die dann folgenden beiden Flaggen waren ebenfalls mit einem schwächeren Anteil vertreten. Besonders groß war der Ausfall bei der niederländischen, die mit 102 261 NRT. nur 5½ % oder 2% weniger erreichte als in den ersten 3 Monaten 1931. Die nordamerikanische verzeichnete 95 194 NRT. oder 5,1 % und büßte fast 1 % ein.

Es ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus noch bemerkenswert, daß die deutsche Flagge, wie schon im Vorjahre, absolut auch weiter in geringerem Maße verloren hat als die fremde, denn während der Seeschiffsverkehr im ersten Vierteljahr gegenüber der gleichen Zeit 1931 insgesamt etwa 100 000 NRT. oder 5 % betrug, verminderte sich die deutsche Tonnage doch nur um 4 % (56 000 NRT.).

Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1931 war der deutsche Anteil um ¾ % schwächer, hauptsächlich infolge der winterlichen Einschränkung im Nordatlantik-Dienst. England konnte sich um ½ % verbessern; die Niederlande und die Vereinigten Staaten blieben dagegen etwas zurück.

Im März 1932 stellte sich der deutsche Anteil auf 74 %, der britische auf 8 %, der nordamerikanische auf 6 % und der niederländische auf 5 %.

Industrieförderungs-Ausschuß bei der Gewerbekammer

Am 8. April hielt der Industrieförderungs-Ausschuß der Gewerbekammer, der aus den Mitgliedern der Industrieabteilung und 14 hinzugewählten industriellen Vertretern aus Stadt Bremen und den Hafenstädten besteht, eine fast vollzählig besuchte Sitzung ab. Nach einführenden Worten des Vorsitzenden, der dabei auch die gegenwärtige gesetzliche und verfassungsmäßige Grundlage der amtlichen Berufsvertretung der Industrie in Bremen streifte, gab Syndikus Dr. Lange einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Industrieförderungs-Ausschusses, seinen Zweck und seine Aufgaben. Unter Anführung von Beispielen wurde hierbei eine Darstellung der zur Verfügung stehenden Mittel und Wege gegeben, deren sich die Kammer bedient, um ihre Arbeit zum Nutzen der ihr angeschlossenen industriellen Kreise möglichst erfolgreich zu gestalten. Syndikus Dr. Bollinger hielt anschließend ein Referat über das Thema: „Wirtschaft und Schule", das sich unter Bezugnahme auf das vom Deutschen Industrie- und Handelstag aufgestellte Schulprogramm insbesondere mit dem Problem der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses und den damit im Zusammenhang stehenden Fragen des Berufs- und Fachschulwesens befaßte. Unter den weiter behandelten Punkten fand die Gründung der **Gesellschaft für internationalen Warenaustausch** in Bremen besonderes Interesse der anwesenden Industrievertreter. Die Frage der **Herabsetzung der Stromtarife** des Städtischen Elektrizitätswerkes, die bei der bremischen Industrie gegenwärtig Gegenstand starker Kritik ist und über die die Kammer eingehende Verhandlungen geführt hat, kam ebenfalls zur Erörterung. Die dieserhalb bei dem Reichskommissar für Preisüberwachung aufgenommene Fühlungnahme hat zu einem positiven Ergebnis bisher nicht geführt. Die Kammer betrachtet damit die Angelegenheit jedoch noch nicht als abgeschlossen.

In der Aussprache kam u. a. noch die Frage der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht zur Erörterung, wozu auf Grund der bestehenden engen Fühlung zu den Organen der öffentlichen Arbeitsverwaltung nähere Aufschlüsse auch im Zusammenhang mit der Durchführung des sog. freiwilligen Arbeitsdienstes gegeben werden konnten. Weiter wurde das Problem einer Reform der Arbeitslosenhilfe behandelt, die heute allgemein im Sinne einer Vereinfachung und Minderung der Lasten für dringend erforderlich gehalten wird.

Großfeuer im Kreise Leer

Sieben Kälber verbrannt

Leer, 13. April. In der Besitzung des Landwirts Goudschaal entstand ein großes Schadenfeuer, das mit großer Geschwindigkeit um sich griff. Die sofort erscheinenden Feuerwehren aus Amdorf, Breinermoor und Backemoor konnten das Großvieh retten und sämtliche Möbel bergen. Das Haus brannte bis auf einen Teil des Vorderhauses nieder. In den Flammen kamen sieben Kälber um. Die Feuerwehren hatten besonders mit der Schwierigkeit der völlig aufgeweichten Wege zu kämpfen, trotzdem gelang es den Mannschaften, die Spritzen bis an die Brandstelle zu bringen. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Berliner Großhandelspreise

Gemüse: Weißkohl 50 kg 5—6, Wirsingkohl 11—14, Rotkohl 4.50—6, Mohrrüben gewaschen 3—4, rote Rüben 3—4, Kohlrabi Treibhaus Schock 2—9, Rettiche Dresdener 3—7, do. bayerische 4—8, Radieschen Schockbund 3,50—5, Meerrettich 50 kg 40 bis 50, Sellerie 14—18, Porree je nach Größe Schock 1,50—4, Petersilie grün 100 Bd. 3—5, do. mit Wurzel 50 kg 6—10, Salat Treibhaus 100 Kopf 8—15, Rapunzel rhein. 50 kg 25—35, Spinat 5—9, Champignon 90—120, Gurken Treibhaus 100 Stück 15—32, Rhabarber 50 kg 10—20.
Obst: Aepfel amerk. Kiste 10—16, do. Koch 50 kg 10—25, Birnen amerik. Kiste 14—22. **Keine weitere Zunahme der Butterzufuhren.** Die Butterzufuhren haben nunmehr wohl ihren höchsten Stand erreicht. Bis zum Beginn des Weideganges dürfte eine Verstärkung der Anlieferungen nicht mehr zu erwarten sein. Aus einigen Gegenden, so u. a. aus der Altmark und aus Schlesien, ist bereits ein Rückgang der Ankünfte festzustellen, während aus Mecklenburg, Pommern und Schleswig-Holstein etwa die gleichen Mengen zum Verkauf gestellt wurden. Das inländische Angebot genügt aber vollkommen, um den deutschen Bedarf zu decken, dies um so mehr, als im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen die Konsummachfrage zwischen Ostern und Pfingsten immer gut war, in diesem Jahre die Umsätze im Kleinhandel sich in engsten Grenzen bewegen. Das Interesse für Auslandsbutter ist fast völlig erloschen. Als Ersatz für dänische Butter wird jetzt größtenteils unsere gleichwertige, in der Qualität fast durchweg ebenso gute Markenbutter herangezogen. Ranksstaatenbutter wird zu unveränderten Preisen offeriert. — Die **Berliner Notierungen** bezeichnete die Tendenz wieder als sehr ruhig und setzte die Preise — Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten — unverändert für den Zentner wie folgt fest: 1. Qualität 113 RM., 2. Qualität 106 RM. und abfallende Ware 96 RM.

Rundfunk

Donnerstag, 14. April. 16 Deutsche Jugendstunde. 16.30 Nachmittagskonzert. 17.30 Deutsche Banken im Ausland. 17.55 Die Stellung des Handwerks in der deutschen Genossenschaftsbewegung. 18.15 Eheberatung. 18.50 Frankfurter Abendbörse. Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. 18.55 Wetterdienst. 19 Aktueller Dienst. 19.15 Das neue Buch. 19.35 Alfred Manns liest seine Novelle „Der Hof". 20 Konzert. 22 Nachrichtendienst. 22.10 „Landstreicher" — Ziehrer.

Freitag, 15. April. 6.25 Wetterdienst. 6.40 Morgenmusik. 7 Zeitangabe. 7.50 Wetterdienst. Wiederholung der Abendmeldungen. 8 Mottenschutz. 8.15 Eine Viertelstunde Hermann Tietz. 10.40 Sanne und Ella. 10.55 Vorbericht vom Hamburger Schweinemarkt. 11.30 Mittagskonzert. 12 Zeitangabe. 13 Wetter- und Nachrichtendienst. 13.15 Wetterdienst, Weser-Wasserstand, Kriminalmeldungen. 13.20 Funkwerbung. 14 Kleines Konzert. 15 Wetterdienst. 15.05 Nachrichtendienst. 15.20 Börsenfunk. 15.50 Schiffahrtsfunk.

Aus der Umgegend

Oldenburgischer Landtag

Oldenburg, 13. April. Der Oldenburgische Landtag behandelte in der heutigen Vormittagssitzung, die von 10.30 Uhr bis nach 13.30 Uhr dauerte, vornehmlich den Fall Jever, der den Untersuchungsausschuß beschäftigt hat. Es handelt sich bekanntlich um Vorgänge bei der Reifeprüfung am Marien-Gymnasium, in die der Sohn des Oberstudiendirektors Schwarz, der Oberstudiendirektor selbst und Studienrat Hempel verwickelt sind. Studienrat Hempel hatte den ganzen Fall ins Rollen gebracht, nachdem er von einem Freund des jungen Schwarz einen Zettel erhalten hatte, der offensichtlich vom Sohn des Oberstudiendirektors zum Mogeln benutzt worden war. Die Untersuchung des Ministeriums hat sich dann durch den ganzen vorigen Sommer hingezogen, und schließlich hat der Landtag den Untersuchungsausschuß eingesetzt. Dieser Ausschuß hatte nach der Verfassung zu prüfen, ob durch Handlungen des Staatsministeriums die Gesetzlichkeit und Lauterkeit verletzt worden sind. In der heutigen Sitzung wurde von kommunistischer und nationalsozialistischer Seite verlangt, daß dem Sohn des Oberstudiendirektors das Zeugnis der Reife wieder entzogen würde. Die Nationalsozialisten hatten im übrigen auf die verschiedensten Verdachtsmomente gegenüber dem Oberstudiendirektor selbst hingewiesen und gegen einen Fachreferenten des Ministeriums den Vorwurf der Parteilichkeit während der Untersuchung erhoben. Die übrigen Parteien außer den Kommunisten und den Deutschnationalen glaubten feststellen zu können, daß die ganze Einsetzung des Untersuchungsausschusses keine positiven Ergebnisse gebracht hatte, sondern im Gegenteil dem Ansehen der Schule geschadet hätte.

Im Anschluß an die öffentliche Sitzung wurde eine vertrauliche Vorlage unter Ausschluß der Oeffentlichkeit beraten. Die Beratungen werden nachmittags um 16.30 Uhr fortgesetzt.

Etatsschwierigkeiten in Rüstringen

Bedenkliche Auswirkung der Notverordnungspolitik

Rüstringen, die Nachbarstadt des Reichskriegshafens und daher durch Reichsmaßnahmen mit dieser verbunden, ist jetzt ebenfalls am Ende der eigenen Kraft. Der Oberbürgermeister Dr. Paffrath hatte sich in der letzten Stadtratssitzung, die sich mit der Ausgabeermächtigung des Magistrats an Stelle des Etats beschäftigte, eingehend mit der Finanzlage befaßt und dabei einen Ueberblick gegeben über die unhaltbare Lage. Die drei Säulen des Etats sind jetzt ins Wanken gekommen. Die eine, die **Einkommensteueranteile,** sind durch **Entlassungen** auf der Marinewerft und durch die **Lohn- und Gehaltskürzungen**

um 40 Prozent vermindert,

die zweite, die Anteile am **Ueberschuß** der Gas- und El.-Werke, sind durch die Preissenkung Anfang des Jahres um nennenswerte Beträge reduziert worden, und nun soll auch die dritte Säule, der **Reichszuschuß,** wesentlich gekürzt werden. Der Magistrat hat den Oberbürgermeister beauftragt, ein Protestschreiben an das Staatsministerium zu senden, in dem gesagt wird: Wenn die Kürzung der Steuerüberweisungen für das Land rückgängig gemacht, der weitere Abzug zu Gunsten des Notstocks unterbleibt, der Ertrag der Wohnungsnutzungssteuer der Stadt zufließen würde und wenn die der Stadt zustehenden Beträge für die Wohlfahrtslasten nunmehr überwiesen werden, wäre die Stadt in der Lage, den Etat ohne Fehlbetrag abzuschließen. So ist aber die Finanzlage unübersichtlich und die Belastung durch die erhöhten Wohlfahrtsausgaben untragbar. Die Kürzung des Reichszuschusses machte im letzten Jahr schon 84 000 RM. aus, bei einer Senkung auf 4 Prozent würde eine weitere Verminderung um 120 000 RM. eintreten. Dabei aber wachsen die Wohlfahrtslasten gleichzeitig an, der nächste Etat nennt die Summe von 1 630 000 RM. Jede Entlassung auf der Marinewerft vermindert also den Reichszuschuß und erhöht die Wohlfahrtslast. Beide Jadestädte haben durch den oldenburgischen Gesandten und die preußische Regierung beim Reichsfinanzminister dringende Vorhaltungen gemacht, dieser hat aber geantwortet, daß sein Bescheid eine Maßnahme im Rahmen seines Sparprogramms sei. In einer längeren Denkschrift haben nun die Jadestädte alles zusammengefaßt und wollen noch einmal durch die Regierungsstellen beim Reichsfinanzminister vorstellig werden. Der Magistrat wurde ermächtigt, zu einem Fünftel die Ausgaben zu tätigen, die Steuern wurden in alter Höhe beschlossen, doch muß über die Gewerbesteuer und über die Bürgersteuer später noch endgültig entschieden werden. Die Kanalisationsgebühr wurde von 11 auf 9 Prozent gesenkt, zu einer Senkung des Wassergeldes auf die vor Jahren bestehende Höhe konnte sich die sozialistische Mehrheit nicht verstehen. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Wohlfahrtserwerbslosen in Höhe von 70 000 RM. wurde angenommen.

Osterholz-Scharmbeck, 12. April 1932. Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Wie aus der amtlichen Bekanntmachung hervorgeht, werden die nach dem Stande vom 1. 1. 1931 festgestellten Einheitswerte des Grundbesitzes in der Zeit vom 15. April bis 14. Mai 1932 einschließlich offengelegt. Die Offenlegung findet sowohl beim Finanzamt wie bei den Gemeindevorständen statt. Beim Finanzamt können die Einheitswerte während der täglichen Dienststunden eingesehen werden, jedoch wird die zweckmäßigste Zeit für die Einsichtnahme werktäglich am Nachmittag von 3—5 Uhr (15—17 Uhr) sein, mit Ausnahme von Mittwoch und Sonnabend.

Blumenthal. Das Finanzamt teilt mit: Die am 10. April d. Js. fällig gewesene Umsatzsteuer (1/32 und März 1932) ist zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung bis spätestens 17. April 1932 zu entrichten. Nicht rechtzeitig gezahlte Beträge werden zuzüglich Zuschlages von 1½ % (halbmonatlich) zwangsweise eingezogen.

Heimstättenbund für Blumenthal und Umgegend

Blumenthal, 13. April. In dem Geschäftsbericht 1931, erstattet in der 13. ordentlichen Generalversammlung, heißt es u. a.: Die Genossenschaft zählte am Jahresschluß 354 Mitglieder mit 389 Geschäftsanteilen. Die Neubautätigkeit habe wegen der bekannten Vorgänge auf dem Geldmarkt nicht durchgeführt werden können. Die Mietsenkung sei vor allem den Mietern der teuren Wohnungen zugute gekommen. Die vom Verbandsverein vorgenommene Prüfung habe festgestellt, daß die Genossenschaft gut und gesichert dastehe. Geklagt wurde über die Mieterückstände (ca. 15 000 RM., das sind 20 Prozent der gesamten Miete). Der entstandene Verlust in der Bilanz soll dem Spezial-Reservefonds entnommen werden. Der Heimstättenbund besitzt 148 Häuser mit 212 Wohnungen. Ausdrücklich wurde betont, daß die niedergeschlagenen Mieten niemals niedergeschlagen werden könnten und dürften. Mit allen gegen eine Stimme wurde beschlossen, in der Satzung insofern eine Aenderung vorzunehmen, als der Geschäftsanteil bzw. die Haftsumme von 200 auf 300 RM. erhöht wird, allerdings mit der Einschränkung, daß die restlichen 100 RM. erst dann eingezahlt werden sollen, wenn die Bautätigkeit wiedereinsetzen sollte. Weiter wurde der Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates angenommen, die Aufwertung der Geschäftsanteile (aus der Inflationszeit) ganz nach Goldmark mit 100 Prozent vorzunehmen. Die Bilanz per 31. Dezember schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 211 963,33 RM. ab. Der Gesamtbetrag der Haftsumme beträgt 77 800 RM. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit 81 293,65 RM. ab, davon Eingang an Mieten über 80 000 RM.

Wörpedorf. Der Altenteiler Heinrich Müller beging am 12. April mit seiner Frau Meta, geb. Schriefer, das Fest der goldenen Hochzeit. Am 16. April können der Altenteiler Dietrich Gefken und Frau Adelheid, geb. Pape, aus Frankenburg das Fest der goldenen Hochzeit ebenfalls begehen.

Besucht deutsche Bäder

Trotzdem jetzt alle möglichen offiziellen und inoffiziellen Stellen die Förderung des deutschen Reiseverkehrs propagieren, wird dieses mühen vielfach durch mangelndes Verständnis des deutschen Reisepublikums durchkreuzt oder gar vereitelt. Immer wieder kann man feststellen, daß namentlich an solchen Stellen, an denen infolge der wirtschaftlichen Vorbedingungen der Grenzübertritt verhältnismäßig leicht ist, das deutsche Reisepublikum den Lockungen des Auslandes folgt. Insbesondere ist dies an der tschechischen Grenze der Fall.

Allgemein ist man der Ansicht, daß die Sonntagsrückfahrkarten mit ihrem erweiterten Geltungsbereich und mit ihrer verlängerten Gültigkeitsdauer zu Ostern dem deutschen Riesengebirge einen außerordentlich hohen Nutzen gebracht hat. Das ist leider ein Irrtum. Die deutschen Gäste konnten nicht schnell genug über die Grenze kommen, angeblich weil es drüben billiger und schöner sei. Beides muß bestritten werden. Auf der tschechischen Seite hat man es sehr wohl verstanden, die Konjunktur auszunutzen. So mußten die deutschen Gäste vielfach primitiv auf einem Stuhl übernachten und mußten für dieses „Nachtlager" 1.50 RM. bezahlen. In den deutschen Orten, wie Krummhübel, Schreiberhau, Brückenberg standen noch vielfach Betten leer, in denen man für das gleiche Geld wirkliche Ruhe gefunden hätte.

Auch an eine individuelle Behandlung der Gäste war unter diesen Umständen natürlich nicht zu denken, während auf der deutschen Seite zahlreiche Einrichtungen getroffen waren, um den Erholungssuchenden zusätzliche Anregungen zu bieten, z. B. durch Vorführungen der Heimatgruppen, die im Riesengebirgsgau immer größere Bedeutung in der Pflege der kulturellen Eigenart gewinnen. Wenn auch nicht so schroff, wie im Sommer 1931, zeigte sich, daß man auf der tschechischen Seite die deutschen Gäste in erster Linie als Geschäftsobjekte behandelte.

Leider muß festgestellt werden, daß gerade **national eingestellte Kreise** nicht das nötige Verständnis für ihre nationale Pflicht beim Reisen aufbringen können. Es ist jetzt in erster Linie ihre Aufgabe, die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft zu unterstützen. Der **Beweis** mangelnden Verständnisses ist bündig zu erbringen! Anläßlich der ersten Reichspräsidentenwahl waren in einigen deutschen Bauden, dicht an der Grenze, Wahllokale eingerichtet worden. Der in diesen abgegebene Prozentsatz nationaler Stimmen ist ein außerordentlich hoher. Die Stimmabgeber wählten mittels Wahlschein, und es ist einwandfrei festgestellt worden, daß sie aus tschechoslowakischen Gebieten kamen.

Es ist dringend erforderlich, gerade national eingestellte Kreise aufzuklären. Es ist möglich, daß sie noch nicht die genügende Erkenntnis dafür haben, wie schlimm gerade die wirtschaftlichen Auswirkungen der Grenze im Riesengebirgsgau sind. Früher hielt man es wohl für nationale Pflicht, die sudetendeutschen Brüder im alten Oesterreich zu besuchen. Aber jetzt müssen wir uns doch sagen, daß in dieser schweren Notzeit die reichsdeutsche Verkehrswirtschaft uns noch näher liegen muß, als die eines anderen Staates, umsomehr als unsere eigene Fremdenverkehrswirtschaft sich längst nicht der offiziellen, amtlichen Fürsorge erfreut, wie in der Tschechoslowakei.

Es ist nationale Selbsthilfe im besten Sinne des Wortes, wenn gerade national eingestellte Kreise die deutsche Seite des Riesengebirges bevorzugen und in reichsdeutschen Hotels und Fremdenheimen Unterkunft nehmen. Sie haben auch auf diese Weise die Möglichkeit, Ausflüge über die Grenze zu nehmen, um ihren Wissensdrang zu befriedigen.

Aus dem gelobten Lande des Theaters

Das Breslauer Theaterleben war in den letzten Monaten von einigen Aufregungen heimgesucht. Zunächst war eines Tages Herrn Intendant Barnay (Horowitz) das Lobetheater, seine Hauptbühne, vor der Nase weggeschnappt. Das Schauspielmonopol des ehemaligen Kattowitzer Theaterdirektors schien gebrochen. Zwei unbekannte Herren aus dem Süden, die Direktoren Berg und Meyer-Konstanz, hatten das Operetten-Theater „Schauspielhaus" und das Lobetheater von dem alten jüdischen Theatercäsaren Breslaus, Dr. Theodor Löwe, auf 10 Jahre gepachtet. Alles stand ob der Keckheit der Herren aus der Fremde kopf. Man munkelte von ungeheuren Geldern, die sie hinter sich hätten. Aber dieser Vorstoß zweier Christen in das privilegierte gelobte Land des Theaters nahm ein böses Ende. Die „Große Weltstadt-Ausstattungs-Operettenrevue" „Casanova" mit Poremski (Bühnenbildner: Stern) unter der nebenbei gar nicht schlechten Regie Berys wurde auf verabredetes Zeichen hin so böswillig und so vernichtend von der gesamten hiesigen Presse besprochen, daß, obwohl der Abend objektiv betrachtet, zweifellos ein besseres Schicksal verdient hätte, am dritten Tage das Haus schon fast leer stand. Von da ab ging es mit den beiden Rittern ohne Furcht und Tadel rapid bergab. Vorübergehend hatten sie das Schauspielhaus schon geschlossen, nun liegen sie mit „Dubarry" in den letzten Zügen, die Gage bezahlt bereits der Bezirksobmann, der bis zum demnächstigen Tode des Unternehmens die kläglichen Reste verwaltet. Und jetzt kommt der Clou dieser Sache! Barnay hat natürlich das Lobetheater wieder gepachtet, zu dem Preise, den Löwe am Anfang nicht akzeptieren wollte, und weshalb er sich nach anderen Pächtern umsah. Barnay ist der Sieger. Er zieht mit 20 000 RM. Pachtermäßigung wieder ins Lobetheater ein. Man sieht, alle Wege führen heute wieder zu Jehova.

Aber das war nicht die einzige Aufregung, die der Volksteil, der auf Barnay und seine Gerissenheit besonders stolz ist, erleben mußte. Der Kapellmeister Oppenheim, ein äußerst betriebsamer Herr, wollte absolut Pfitzners „Herz" dirigieren. Der Intendant, der einen Brief Pfitzners mit einer rassisch zu erklärenden Bitte erhalten haben soll, hatte anders verfügt und die Leitung der Oper einem anderen Kapellmeister gegeben, der Herrn Oppenheim völlig gleichgestellt und ehrenwürtig ist. Der Beschwerdeführer geriet aber so aus dem Häuschen, daß er — um seine Entlassung bat und sie erhielt. Also ein ganz klarer Fall. Nicht so klar für den Centralverein, der sich nun — wie stets hinter den Kulissen — mit der Angelegenheit beschäftigte. Er stellte fest, Dr. Hartmann hätte Herrn Oppenheim halten müssen. Und dieser Verein hatte so sehr Erfolg mit seiner Aktion, daß ein paar Tage lang Dr. Hartmanns Sessel sehr wankte. Jetzt lächelt der Intendant aber wieder und spöttelt über die „Geistlosigkeit" der Rechtsradikalen. Der C.V. ist auch beruhigt, da Herr Oppenheim mit dm Prinzen Reuß eine Kammeroper eröffnet. Also Sieg noch einmal auf der ganzen Linie!

Etwas heftiger und andauernder waren aber die Weh- und Ach-Rufe, als etwa 20 Schauspieler und Sänger der Vereinigten Theater und des Staatstheaters es wagten, an Morgenfeiern der Vereinigung für deutsche Kultur, hinter der man die NSDAP. vermutet, teilzunehmen. Man inszenierte eine wütende Hetze in der gehorsamen reise, beschwor die Intendanten, Künstler, die sich außerhalb der menschlichen Gesellschaft gestellt hätten, sofort aus dem Betrieb hinauszuwerfen, drohte mit Boykott des Theaters, ließ unzählige Drohbriefe an die Intendanten richten, so daß die Leiter am Ende genug Material in der Hand hatten, mit Hilfe der gehorsamen Genossenschaft und des Betriebsrates die „Bitte" an die betreffenden Mitglieder richten zu können, an den erwähnten Morgenfeiern nicht mehr teilzunehmen. Im Augenblick tobt der Kampf nur um die Mitwirkung des philharmonischen Orchesters für die nächste Feier, er wird bald wieder auf der ganzen Linie entbrennen. In diesem Streite hatte sich die Volksbühne zum Sturmführer gegen die nationalen Künstler gemacht. Sie trumpfte mit hysterischem Geschrei auf die „Massen der Besucher", die sie hinter sich habe. Da sich nun aber unzählige Nationalgesinnte erfahrungsgemäß in der Volksbühne befinden, wurde aus der Mitte der Künstler die Forderung laut: Wir müssen eine bewußt nationale Besucherorganisation schaffen. Anfängliche Verhandlungen mit dem hiesigen Bühnenvolksbund zerschlugen sich leider ebenso wie mit dem Stahlhelm und den deutschnationalen Verbänden. Trotzdem wird die neugegründete Theaterbesucherorganisation, genannt „Deutsche Bühne", die jetzt unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Seff Schönwälder steht, ganz unpolitisch auf breiter nationaler Basis arbeiten, um die gute deutsche Kunst zu suchen und zu fördern. F. M.

Albert Langen-Georg Müller

Unter dieser Firma hat sich nun die bereits angekündigte völlige Verschmelzung der beiden großen Münchener Verlage Albert Langen und Georg Müller Verlag A.-G. vollzogen. Daß die zwischen ihnen im Mai 1931 angeknüpfte Interessengemeinschaft zwangsläufig hierzu führen mußte, erklärt sich aus dem sicher zeitgemäßen Willen, den rein geschäftlichen Betrieb zu vereinfachen und zu verbilligen und dadurch möglichst viel von den vorhandenen Mitteln für die künstlerische und kulturelle Hauptaufgabe des Unternehmens freizumachen. Wohl erlöschen damit die beiden alten Firmennamen, aber sie können zugleich ihre Urstand auf dem Schild der neuen Firma feiern, und diese sieht ihren Zweck darin, des so ererbten Gutes treu zu walten, die edle Tradition zu pflegen und auf ihr frisch und zuversichtlich fortzubauen. Dafür, daß ihr das glücken wird, spricht das Verbleiben der bisherigen Inhaber von Albert Langen und der bisherigen Geschäftsführer der Georg Müller A.-G. in der Leitung. So wird das organische Wachstum, das jeder der nunmehr vereinten Firmen ihr Gesicht gegeben hat, weder gestört noch unterbrochen. Zwei Bäume, die im gleichen Boden keimten, die Art und Wesen nach verschwistert sind und von gleich starkem Drang zum Licht emporgetrieben werden, können gemeinsam eine breite Krone bilden, darin das Astwerk sich in schönster Harmonie verschlingt.

Wer ein ganz klares Bild davon gewinnen will, wie reich das Erbe ist, das der neue Verlag bei seiner Gründung angetreten hat, braucht nur die Dichterschar zu mustern, deren Schaffen er betreuen soll. Da sind, um nur in strenger Auswahl die Bedeutendsten zu nennen, wobei noch viele Namen allerbesten Klanges hier verschwiegen bleiben müssen, an anerkannten und längst durchgesetzten deutschen Meistern: Max Dauthendey, Paul Ernst, Hans Grimm Max Halbe, Hanns Johst, E. G. Kolbenheyer, Josef Ruederer Wilhelm Schäfer, Emil Strauß, Ludwig Thoma, Frank Wedekind; würdig daneben stehen die großen Skandinaven: Martin Andersen Nexö, Björnstjerne Björnson, Gunnar Gunnarson, Knut Hamsun, Werner von Heidenstam, Selma Lagerlöf und August Strindberg; dazu gesellt sich junger Nachwuchs, der das Edelste und Beste in sich schließt, was heute in den deutschen Gauen Dichter heißen darf: so Paul Alverdes, Richard Billinger, Georg Britting, Werner Bergengruen, Konrad Beste, Wolf Justin Hartmann, Karl Benno von Mechow, Max Mohr, Heinz Steguweit, J. M. Wehner und Ernst Wiechert.

Jeder von diesen Dichtern hat sehr deutlich seinen eigenen Ton, und dennoch fügt sich das alles zu einem vollen, reinen Klang. Liebe zur Dichtung und getreues Festhalten an dem einmal für recht Erkannten hat diesen Bau getürmt, und da die gleichen Hände, die das schafften, noch am Werke sind, kann man gewiß sein, daß er nicht verfällt, sondern in Ehren weiter wächst. Denn echte Liebe ist es, was die größte Dauer hat, und eben solch getreues Festhalten ist zukunftsträchtig und bricht auch dem guten Neuen Bahn. So geht es hier um etwas anderes als eine der Verlagsfusionen, die man heute oft erlebt. Denn man hat das Gefühl, daß dieser Zusammenschluß uns geben wird, was wir von ihm erhoffen: Führerschaft mit klarem, durch all die Wirbelwinde unserer Tage unbeirrtem Kurs aufs deutsche Ziel.

Deutsches Kulturleben

Kultur und Kunsthandwerk

Unser Zeitalter ist ganz gewiß in erster Linie materialistisch eingestellt. Aus der Struktur unseres Wirtschaftslebens heraus überrascht das nicht. Dennoch hieße es, ihm Unrecht tun, wenn man ihm in dieser Einstellung die Fähigkeit abzusprechen versuchen wollte, künstlerische Werte höchster Anerkennung zu schaffen. Eines nur ist anders geworden in diesem Schaffen, als es vordem war. Das ist der Stil, der Gedanke, die Idee, aus der heraus wir Künstlerisches bilden und die sich fast gar nicht anders äußern kann und darf als in dem Bestreben nach neuen Formen im Ausdruck von Technik, Architektur und Kunst. Die Idee der konstruktiven Klarheit ist das Symptom unserer Zeit. Der Präzisionsbegriff läuft zu ihr parallel, das Repräsentativbewußtsein erfordert Kraft. Dadurch wird das äußere Merkmal des Begriffes „Schönheit" als Kulturbegriff ein wenig allerdings verlagert, doch auch geklärt. Er erkennt die Aneinanderreihung schöner Einzelheiten nicht mehr an. Das einheitlich ganze Gebilde muß heutzutage zusammenklingen wie ein Akkord, nicht wie eine Arpeggie. Dann ist ein Ding, eine Sache, ein Werk, eine Arbeit „schön" im Begriffe unserer Kultur.

Diese Forderung überträgt sich auch auf die Werkkunst, beziehungsweise auf das Kunstgewerbe. Es sucht und strebt durchaus in nur noch ganz vereinzelten Fällen darnach, die Formen zurückliegender Zeiten zu beleben. Das Kunstgewerbe der Gegenwart geht weit mehr mehr als eine unserer Kulturausdrucksformen mit dem gesamten künstlerischen Gestalten unserer Zeit darin parallel, angewandte Werkarbeit zu leisten. Dadurch gewinnt es an erneuter Bedeutung. Wir kopieren also nicht mehr im Kunstgewerbe, wir schaffen: Gefordertes, Lebensfähiges, Daseinsberechtigtes.

Das Heim, das Haus, die Wohnung ist dabei der Mittelpunkt geworden, das äußerlich das Zeichen des Soliden, das Seßhaften, also gleichsam den Standpunkt höchster Kultridee, zeigen will und deshalb innerlich an gewinnenden Gegenkräften gegenüber der Unruhe unserer Zeit so stark gestützt werden muß, daß der Begriff Wohnkultur zum Menschheitskulturbegriff zu werden vermag. Hierzu trägt das Kunsthandwerk bei. Es sorgt für die stilgerechte Ausschmückung unserer Wohnungen. Es stellt sich in den Dienst unserer Zivilisation und schickt von der Zelle der Wohnkultur frische Lebenskräfte in die Nation. Das gibt der Werkkunst eine so hohe Bedeutung, daß wir sie garnicht hoch genug einzuschätzen vermögen, wenn wir uns nur flüchtig damit beschäftigen.

Gewiß ist die Not der Zeit dazu angetan, den Strom dieser Bedeutsamkeit durch unsere Wirtschaftsmöglichkeiten in einem gesunden Umfang zu fesseln. Das veranlaßt zu nichts Ueberhastetem, zu nichts Entbehrlichem, sondern zum durchaus Sinnvollen. Sonst ist dieses Schaffen nicht mehr Kultur. Unser Alltag duldet mit einem Ausblick auf kurze Ruhe- und Feierabendstunden nicht mehr die Ansammlung des Unzweckmäßigen, das Nur-Luxeriöse, den füllenden Ballast. Wir leben vielmehr räumlich beengt und darum sparsam in jedem Sinn, klarer in unseren Ansprüchen, sachlicher in der Sprache des Raumes und aller seiner Zugehörigkeiten. Wir leben auch prüfender, abwägender, ruhiger, trotz aller Hast, mit der uns das Leben an sich vorüberpeitscht. Aber im Heim haben wir gelernt, das Wahre gegen das Falsche abzuschätzen, das „Moderne" gegen die — „Sachlichkeit". Und darin liegt der Wert unserer ganzen Werkkunst der Gegenwart, daß wir unter der Betonung einer persönlichen Note unsere tagtäglich nächste Umgebung zur verständlichen und eindrucksvollen Sprache der Kultur unserer Zeit machen können. Das ist ein fast idealer Fortschritt, eine Entwicklung, die um so bemerkbarer wird, als sie in eine Zeit hineinfällt, die man als Notzeit bezeichnet.

Wenn wir in ihr uns Unterlagen zu einer wahren Daseinsfreude zu verschaffen erzogen werden, dann ist auch diese Notzeit nicht ohne Segen. Wenn wir Wohnethik und Wohnkultur als ein sittliches Ziel unserer Zeit erkennen, ist auch der kraftloseste Moment im Rädergetriebe unseres Seelenlebens kein verlorenes Symptom, ist auch das Handwerk heute noch der goldene Boden, auf dem wie einst kein Phantom ersteht, sondern ein hoher Kulturbegriff.

Und was sagt das Kunsthandwerk selbst dazu? Es sind Zeichen dafür da, als wollte es sich niederdrücken lassen durch die Fragen der Wirtschaftlichkeit. Das wäre aber falsch. Wichtiger wird, daß es sich Führer sichert, in der Idee wie in der Tat. Dann wird es erst wahrhaftig Kulturstütze.

Gewiß ist der Werkkunst die Konkurrenz der Maschine entgegengetreten. Das hat ihr Arbeitsgebiete entrissen, die schwer zurückzuerobern sein werden. Aber Kunsthandwerk ist dennoch zeitgemäß und ein Lebensträger unseres Kulturwillens. Es ist nicht nötig, daß unsere Werkkunst stagniert. Sie ist zu schaffen berufen. Werkkunst geht über die sogenannte „technische Form" hinaus zur persönlichen Form. Und hieraus entsteht für den Einzelnen das Bleibende. Das ist das Sonderverdienst des Kunsthandwerklichen. Es darf nicht fehlen in unserer Kultur, es hat Daseinsberechtigung. Ja, es hat sogar darüber hinaus die Aufgabe: uns aus dem Chaos der Gegenwart auf das Wertreife einzustellen, das nicht die Maschine geben kann, sondern einzig die Kunst des Handwerks als das für uns Individuelle, das Originale, die Qualität, die durchgebildete, mit der wir uns abseits vom Alltag stellen und seiner Massenproduktion. Werkkunst ist Kulturausdruck.

Der Geburtstag

Hans-Günther geht zum Geburtstag seiner Freundin. Ganz vorsichtig tritt er auf, damit der mit Schmutz vermischte Regen nicht an seinem Konfirmationsanzug heraufspritzt. In der Hand hält er das von der Mutter mit viel Liebe verschnürte Geschenk. Mit stiller Ehrfurcht sieht er an sich herunter. Die neuen Schuhe und der schöne rote Schlips. Hans-Günther möchte nicht immer so angezogen sein. — Man muß so aufpassen, und die Erwartung ist ein seltsames Gefühl. — Wer wohl alles kommt heute? Er hatte sich allmählich an seine Rolle als Hahn im Korbe gewöhnt. Die Mädchen sind ihm Spielgenossen. Er kann es nicht begreifen, warum die Kameraden immer so geringschätzig auf ihn herabsehen. Steigen Inge und Liselotte und wie die anderen heißen, nicht genau so hoch auf die Bäume wie Egon und Fritz. Ein Lächeln umspielt seinen Mund. Dumme Bengel! Beinahe hätte er mit seinen neuen Handschuhen den nassen Türgriff angefaßt. Schnell wandern sie in die Tasche.

Inge sieht heute besonders niedlich aus in ihrem rosa Kleid. Hans-Günther betrachtet mit stiller Bewunderung den Geburtstagstisch. Ein Stück Schokolade, das ihm angeboten wird, hinterläßt unangenehme Flecke an den reingewaschenen Händen. Mit viel Geschick entfernt er einen Seifenklecks, der beim Waschen auf seinen Anzug springt. Klingling. . . . Früh genug hat er sich besonnen. Sicher macht es einen besseren Eindruck, wenn ich nicht gleich an die Tür stürze. Die rote Farbe eines Mantels, den eine der eben angelangten Freundinnen Inges trägt, erregt sein Interesse. Er ist ganz verwirrt als ihm das Mädchen vorgestellt wird. Inges: „Herr Hans-Günther. . . !" bringt ihn wieder zu sich. Die kleine Schwarzhaarige scheint von seiner Verstörung nichts gemerkt zu haben. Wenn ich nur behalten hätte, wie sie heißt. Bei diesem Gedanken ist er darauf bedacht, den Namen irgendwo zu erhaschen.

Am Kaffeetisch sitzt Hanz-Günther unruhig auf seinem Stuhl. Der Löffel, mit dem er den Apfelkuchen zerkleinern will, schlägt recht unsanft an den Tellerrand. Also „Lo" denkt er und beißt die Zähne auseinander. Von seinem Platz aus kann er sie gut beobachten. Mit Genugtuung betrachtet er die große Schleife, die ihr Kleid schließt. Lo spricht viel. Hans-Günther ist in sich versunken. Auf ganz blödsinnigen Gedankengängen ertappt er sich. — Heiraten. — Hoffentlich hat niemand gemerkt, wie er rot geworden ist. Mißtrauisch sieht er hinüber. Doch das Gesicht über der großen Schleife ist auf den Tisch gerichtet. Erleichtert atmet er auf, als abgetragen wird. Dann werden Spiele vorgeschlagen.

„Fischer im Dunkeln." Es ist noch sehr hell im Zimmer. Deshalb werden die Vorhänge zugezogen? Jetzt wird es gehen. Hans-Günther wird beim dritten Mal gefunden. Er muß vor die Tür gehen. Auf den Ruf: „Herein!" stürzt er ins Zimmer. Seine Augen gewöhnen sich schnell an das Halbdunkel. Dort auf dem Tisch, das ist Hilde und hinten zwischen Wandschirm und Tür sitzt Inge. — Er geht vorbei als sähe er nichts. Halt! Kichert da nicht jemand? Hans-Günther weiß, wen er sucht. Richtig unter dem Eckofa sehen ein paar Beine hervor. Er zieht daran, doch der Körper, zu dem sie gehören müssen, kommt nicht hervor. Langsam läßt er sich auf die Knie fallen, daß seine Füße Lo's Beine berühren. Halblaut spricht er vor sich hin: „Wenn man nur etwas sehen könnte. Stockfinster ist es." Von allen Seiten kichert es. Da schiebt Hans-Günther das Sofa zur Seite. In der Ecke liegt das Mädchen, den Kopf auf den Fußboden gepreßt. Seine Finger gleiten durch das Haar des Bubikopfes. Ganz heiß und beklommen wird ihm. Er weiß nicht mehr was er tut. Ein paar blaue Augen sehen ihn an. Dann springt er auf und ruft ihren Namen. „Lo!" Eine Erleichterung kommt über ihn, als es heraus ist.

Am Abend steht er noch einmal hinter ihr und sieht ihre schmalen Finger, wie sie über die Tasten des Klaviers huschen. Er will reden und bringt kein Wort hervor.

Auf dem Nachhausewege schnattert alles durcheinander. Bis an die Straßenbahn bringt Hans-Günther die neue Freundin. Dann geht er nach Hause. Seine Schritte sind ganz klein und er hat keine Angst mehr, daß seine Hosen schmutzig werden könnten. -R.-

Für Deutschland, Kamerad

Es dröhnt eine Trommel im deutschen Land,
Die dröhnt bei Nacht und bei Tag,
Seit Deutschland zerschlagen und verbrannt
Und sterbend am Boden lag.

Und hinter der Trommel Soldat an Soldat
Und Singen und Fluch und Gebet.
Wir müssen marschieren, Kamerad,
Für das Volk, das in Ketten geht.

Wir müssen marschieren bei Tag und bei Nacht
Für das Volk, für das Land, für die Tat.
Es lodern die Flammen, die wir entfacht.
Wir halten die Wacht! Wir halten die Wacht:
Für Deutschland, Kamerad.

Hans-Jürgen Nierentz.

Stefan Zweig als Wehrverräter

In der von gewissen Kreisen viel gelesenen Wiener Zeitschrift „Morgen" lesen wir einen Aufruf des Juden Stefan Zweig, in dem Unterschriften gesammelt werden gegen die „illegalen Formationen" in Oesterreich. Es heißt da wörtlich: „Um Praktisches zu erreichen, müßten wir schon energischer handeln — wir müßten die heikelste Stelle unserer Regierung antasten, wir müßten die B.I.Z., die Bank für internationale Zahlungen des Völkerbundes, selbst kollektiv als große, geschlossene Gruppe der Friedensfreunde ersuchen, die bisher geleisteten Kredite an Oesterreich nur zu verlängern oder neue nur unter der Bedingung zu gewähren, wenn statt der bloßen Pfandsicherheit der Tabakregie die Regierung auch ihr Wort verpfändet, sofort und bei allen Parteien und Verbänden die Kriegswaffen des allzu oft angekündigten und bereits einmandvierten Bürgerkrieges endlich redlich und gründlich anzufordern. Damit wäre neuerdings und so öffentlich wie noch nie die Tatsache beleuchtet, daß Oesterreich sich in einem unerträglichen und allgemein gefährlichen Zustand der „Wehrhaftigkeit" befindet . . ." Das wehrverräterische Treiben unserer neudaitischen Literaten, das sich sonst meist unter blumigem Mantel menschheitsbeglückender Phrasen versteckt, erscheint hier unverhüllt.

Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum uns immer wieder gepredigt wird. Goethe.

*

Das Judentum in der deutschen Musik

Entrechtete deutsche Künstler

Wie auf vielen anderen Gebieten deutschen Kulturlebens, so hat auch auf dem Gebiete der Kunst das Judentum unberechtigterweise die Führung in großem Maßstabe an sich zu reißen verstanden, in besonderem Umfange auf dem Gebiete der Musik.

Bis in die Zeit vor der Jahrhundertwende hinein gab es an der Berliner Königlichen Oper kaum einen Juden oder Ausländer — abgesehen von einigen ganz wenigen ganz prominenten Künstlern von Weltruf, die z. T. direkt als Lehrmeister der ganz neu aufzubauenden Oper herangezogen wurden — weder in der Verwaltung noch unter dem künstlerischen oder technischen Personal (siehe „185 Jahre Staatsoper" von Dr. Julius Kapp.)

Und heute . . .?

Ebenso ist es auf dem Gebiete des Konzertwesens. Hier haben schon früher die fremdstämmigen Künstler in jeder Weise bei uns profitiert. Da das deutsche Publikum immer zu den fleißigsten Konzertbesuchern gehörte, so konnte der Künstler, namentlich, wenn ihm schon eine gewisse Empfehlung vorausging, seiner Veranstaltung in materieller Hinsicht stets mit großer Ruhe entgegensehen.

In der Hauptsache kam es ihm jedoch auf etwas ganz anderes an: auf die Berliner Presse! Die führenden Kunstkritiker der Reichshauptstadt hatten — und haben auch heute noch — Weltruf. Mit einigen anerkennenden Zeugnissen dieser Rezensenten in der Tasche hatte der Künstler ein unwägbares Vermögen verdient: die Welt stand ihm offen und künstlerische wie finanzielle Erfolge waren ihm sicher.

Da war es gerade Kritikern großer jüdischer Zeitungen vorbehalten, das Ansehen der reichshauptstädtischen Fachpresse auf das schwerste zu gefährden.

Der langjährige Mitarbeiter des Berliner Tageblattes, Dr. Leopold Schmidt (Jude), gefährdete durch persönliche Freundschaft mit einer von ihm protegierten Künstlerin und den intimen Verkehr mit ihrer Familie, auch durch längeren Aufenthalt auf deren Landsitz, sich selbst und als prominenter Vertreter der Berliner Fachpresse — in gewissem Grade auch diese in ihrem bis dahin makellosen Ruf.

Besonders typisch ist der Fall Weißmann. Es ist unfaßbar, daß ein zunächst anscheinend Sachverständiger auf seinem Gebiet Ursache und Wirkung schöpferischer Musik auf den Kopf zu stellen versuchte. Für jeden musikalisch Geschulten ist es eine Binsenmahrheit, daß nur eine wirklich nationale Musik internationale Anerkennung erhält (siehe Wagner als typisch deutschen, Verdi als typisch italienischen, Grieg typisch nordischen Komponisten usw.). Auch Puccini hat mit seiner japanischen „Butterfly" nicht das Gegenteil bewiesen: er beschränkt sich mit sicherem künstlerischem Instinkt auf ein gewisses reizvolles japanisches „Kolorit": seine Musik ist in Wirklichkeit grunditalienisch. Selbst eine Begabung wie Leoncavallo mußte scheitern, als er sich daranwagte, im „Roland von Berlin" eine deutsche Oper schreiben zu wollen.

Unter völliger Verkennung dieser künstlerischen Wahrheit stellte sich Professor Weißmann (Jude) an die Spitze der deutschen Gruppe einer „Internationalen Gesellschaft für neue Musik", die auch heute noch ihre fruchtlosen atonalen, horizontalen und vertikalen Allerweltsversuche fortsetzt, trotzdem es um deren radikale Vertreter ganz still, jedenfalls aber erheblich ruhiger geworden ist. Selbst eine Begabung wie Paul Hindemith vermag ihren Hoffnungen keinerlei Auftrieb zu geben, andere haben einen gewaltigen Rückzug von ihrem Radikalismus angetreten.

Ein Bekenner zu solcher Irrlehre muß es natürlich erleben, daß seine scheinbare Berufenheit angezweifelt, ja abgelehnt wird.

Was ist nun das Konzertleben heute? Kaum etwas anderes als ein „Geschäft", bei dem die fast ausschließlich in jüdischen Händen oder unter jüdischem oder ausländischem Einfluß stehenden Konzertdirektoren, Agenturen, Impresariate (Internationales Impresariat) usw. die sicheren Rechner sind. Bei den „Kanonen" ist für sie von vornherein ein Fehlschlag so gut wie ausgeschaltet. Die von dem Neuling und Debütanten zu erfüllenden Verträge sind derart, daß für die unternehmende „Firma" keinerlei Risiko entsteht. Ein Mäcenatentum von dieser Seite gibt es nicht mehr, es sei denn, daß einer von „ihre Leit" irgendwie gemacht werden soll.

Für die „kleinen" und Anfänger hat sich neuerdings eine — natürlich auch jüdische — Vermittlung aufgetan: es ist die Leitung der „Einführungskonzerte", Inhaberin Frau Lipa Ehrens (lies Ehrenhaus).

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient aber noch die Tatsache, daß jetzt auch der Staat (Musikreferent Herr Professor Kestenberg (Jude) im Kultusministerium) auf dem Wege über die Staatliche Hochschule für Musik — man sehe sich die Mehrzahl der Besucher an und man könnte sich in einer Synagoge wähnen — Einfluß auf das Konzertwesen zu bekommen sucht. Der von ihr ins Leben gerufene „Konzertgeberbund" hat in seinem Vorstand nur Herrn Professor Kestenberg hörige Mitglieder, darunter die Juden Professor Bertram, Prof. Kreutzer und Dr. Stern. Was haben deutsche Künstler von dort zu erwarten?!

Noch marschiert der Kunstbolschewismus auf der ganzen Linie! Aber schon beginnt auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (das schwache Wort „Partei" genügt eigentlich heute nicht mehr, es hieße weit richtiger und machtvoller „Bewegung") die sich zu ihrer Idee bekennenden deutschen Künstler um ihr Banner zu sammeln, um hier Wandlung zu schaffen und deutscher Kunst und deutschem Musikleben wieder seine nationale und somit auch innerlich echte Weltgeltung zu verschaffen.

Volk und Wirtschaft

Die Kreuger-Anleihe

Wer war die treibende Kraft für die Verhökerung des Zündholzmonopols an Kreuger?

Wenn in Deutschland ein Unternehmen unter Steuerdruck, unter Wirtschaftskrise und Tributlast zusammenbricht, heulen in der sozialdemokratischen Presse alle Sturmsirenen. Kein Schimpfwort, kein Sauherdenton ist schlecht oder kräftig genug, um die deutschen Wirtschaftsführer zu bemakeln, die das Kapital fehlgeleitet hätten, anstatt es der öffentlichen Hand zuzuführen. Nur bei Ivar Kreuger machte die sozialdemokratische Presse eine Ausnahme, denn weder sein Selbstmord noch der Zusammenbruch seines Konzerns werden besonders ausgewertet. **Was ist der Nordwolle-Krach gegen den Kreuger-Krach, aber wir können uns trotzdem darauf verlassen, daß die Nordwolle noch hundertmal durch die Spalten der sozialdemokratischen Presse geschleift wird, während der Kreuger-Krach nur so nebenbei erwähnt wird.** Da die marxistische Schulung die Sozialdemokratie nicht zur Dankbarkeit oder zu andern besseren menschlichen Gefühlen erzogen hat, muß schon etwas anderes die Ursache dieses merkwürdigen Vorgangs sein.

> **Da fällt ein, daß es doch Kreuger war, der 1929 sich das deutsche Zündholzmonopol zuschanzen ließ, um Deutschland dafür eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen Mark zu gewähren. Kreuger machte dabei ein Bombengeschäft, denn er zahlte für 100 Mark nur 93 Mark aus, bei einem Zinsfuß von 6 v. H. Schon damals wurde behauptet, daß einige bekannte Sozialdemokraten, die sich auch sonst finanziell immer verstanden haben sich gut zu betätigen, das Geschäft an das Reich herangebracht hätten.**

Wir wissen heute, daß Kreuger gar nicht in der Lage war, diese 500 Millionen Mark aus eigenen Mitteln aufzubringen, daß er sie vielmehr in Schweden pumpen mußte, wo er sie zu einem geringeren Zinssatz erhielt, weil es in Schweden bekannt war, wohin diese 500 Millionen Mark gehen sollten. Warum hat man das Geschäft nicht unmittelbar mit New Yorker Banken besorgt, um so vor allem einen wichtigen Wirtschaftszweig, wie es doch die Zündholzindustrie ist, nicht auf 32 Jahre verhökern zu müssen? Kreuger hat zweifellos mit dem Zündholzmonopol in Deutschland ein gutes Geschäft gemacht, leider wieder auf dem Rücken des deutschen Volkes, das mit dem Kreugermonopol dreifach angeschmiert worden ist. **Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, zu erfahren, weshalb dieses Geschäft damals getätigt wurde.** Das deutsche Geschäft ist das beste, das Kreuger jemals gemacht hat. Die 500 Millionen Mark, die nicht einmal voll ausbezahlt worden sind, muß Deutschland schon zurückbezahlen, denn dafür hat es ja seine Zündholzindustrie verpfändet.

> **Es wird Sache des Deutschen Reichstages sein, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der dies Geschäft nachprüft, der insbesondere feststellt, welche Vermittler den Zubringerlohn erhalten haben. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hält es für notwendig, danach zu forschen, wer 1929 in Deutschland die treibende Kraft für die Verhökerung des Zündholzmonopols an Kreuger gewesen sei.**

Das muß unbedingt gefordert werden, denn 1929 war der Abstieg der Konjunktur unter dem Druck der Tributlast schon zu erkennen, so daß eine besonders vorsichtige Finanzgebarung geboten war. Deutschland hatte unter keinen Umständen die Kreuger-Anleihe notwendig, denn bei scharfer Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt hätte sich die Krise in der Reichskasse wohl überwinden lassen. Es sind 1929 namhafte Sozialdemokraten als Vermittler genannt worden, die glaubten, bei dieser Gelegenheit auch der Partei etwas zukommen lassen zu müssen.

> **Die sozialdemokratische Presse scheut sich nicht, die Nationalsozialisten zu verdächtigen, daß sie ihre Werbearbeit von ausländischen Kapitalisten finanzieren ließen. Aber wir möchten doch wissen, wie die Sache mit Kreuger ist, ob es zutrifft, daß, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" am 6. April behauptet, überflüssigerweise der seltsame Umweg über Kreuger für eine Anleihe gewählt wurde, die wir jederzeit in New York unmittelbar hätten erhalten können.**

Kreuger ist kein Wirtschaftsführer großen Stils gewesen, sondern nur in geschickter Macher, der die Finanznöte vieler Länder dazu ausnutzte, um gegen Verpfändung des Zündholzmonopols Anleihen zu gewähren. Daß sein Konzern schon 1929/30 brüchig war, wird heute durch die Enthüllungen über die Bilanzfälschungen bestätigt, Fälschungen übrigens, die schon auf das Jahr 1930 zurückgehen. Die Brüchigkeit des Konzerns muß also schon früher eingetreten sein, war jedenfalls schon 1929 vorhanden, als Kreuger über den 500-Millionen-Kredit für Deutschland verhandelte. Auch Kreuger hatte schon 1929 zu dem ständigen Mittel gegriffen, seine langfristige Anleihepolitik kurzfristig zu finanzieren, bis dann die Krise auf dem internationalen Geldmarkt den Kreuger-Konzern wie ein Kartenhaus über den Haufen warf. **Die Tatsache, daß Kreuger die 500-Millionen-Mark-Anleihe gar nicht in New York unterbringen konnte, sondern vielmehr gezwungen war, sich diese gewaltigen Beträge in Schweden selbst zu beschaffen, ist der Beweis dafür, daß die deutschen Vermittler dieses Kredits nicht nur kurzsichtig, sondern auch urteilslos waren. Alles kam ihnen offenbar auf den Vermittlergewinn an, wie es Kreuger darauf ankam, durch das Geschäft mit Deutschland seinen brüchig gewordenen Kredit zu erhöhen. Die 500 Millionen Mark wird das schwedische Volk wohl nicht wiedersehen, denn die Gläubiger in anderen Ländern werden sich der Aktiven des verkrachten Kreuger-Konzerns bemächtigen. Deutschland weiß nicht einmal, in wessen Händen dann das Zündholz-Monopol geraten wird.**

Starke Einschränkung der Dienstreisen

Nach einer Anordnung des Preußischen Finanzministers sind Dienstreisen auf das äußerste zu drosseln. Ausgaben zwecks Veranstaltung von Aus- und Fortbildungskursen, Studienreisen, Arbeitsgemeinschaften und ähnlichen Veranstaltungen für Beamte, Beamtenanwärter und Lehrpersonen usw. sind zurückzustellen.

Die fünfte Steuerrate

Eine Szene aus dem deutschen Steuerdrama

Im Amtszimmer! Der Finanzbeamte diktiert . . . . die Sekretärin stenographiert: „. . . und es tritt auf Grund der durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eingeräumten Ermächtigung die Fälligkeit der Einkommensteuerraten statt am 10. April, 10. Juli, 10. Oktober 1932 und 10. Januar 1933 etc. bereits zu jeweils vier Wochen früheren Terminen ein: d. h. am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember 1932 etc. Einschließlich der Steuerrate vom 10. Januar 1932 hat der Zensit also im Verlaufe dieses Steuerjahres de facto fünf Vorauszahlungen zur Einkommensteuer zu leisten, wenngleich die am 10. Dezember 1932 fällige (5.) Steuerrate de jure erst auf das Steuerjahr 1933 zu verrechnen ist. Das hierdurch bedingte Uebergreifen des juristischen Steuerjahres 1933 in das Jahr 1932 ist dem beschwerdeführenden Steuerpflichtigen darzulegen. Mit gehörigem Takt kann auch darauf hingewiesen werden, daß eine Rückerstattung beim Tode des Zensiten . . ."

Hier wurde das Diktat durch einen älteren Herrn, den bereits angemeldeten Herrn Schulze, unterbrochen. Herr Schulze liebte als ordentlicher Kaufmann von je Klarheit in seinen finanziellen Angelegenheiten. Er wird mit aller Liebenswürdigkeit empfangen.

„Wann? — fragte Herr Schulze nach der Begrüßung — wann werde ich eine entsprechende Rückerstattung für die in diesem Jahre zu viel zu leistende fünfte Einkommensteuerquote vom 10. Dezember 1932 erhalten?"

„Fünfte Quote? Wieso? . . . Die Einkommensteuerrate vom 10. Dezember gilt als erste Quote für das Steuerjahr 1933."

„Aber gestatten Sie mal, ich bezahle doch die Steuer tatsächlich in **diesem** Steuerjahr!"

„Bitte verstehen Sie mich recht, Herr Schulze! Es tritt hierbei nur de facto ein Uebergreifen der beiden Steuerjahre ein. De jure, wohlverstanden Herr Schulze de jure, sind 1932 und 1933 streng auseinanderzuhalten."

„Ihre Juristerei in Ehren, Herr Oberfinanzmann, Sie ändert mir aber das Factum nicht, das Uebergreifen, **den fünften Griff, sozusagen den Ueber-Griff in meine Kasse.** Sie müssen mir die fünfte Quote vom 10. Dezember 1932 wohl oder übel einmal zurückerstatten; muß ich doch 1933 überdies wieder meine vier Raten, nämlich am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember 1933 bezahlen."

„Nicht doch, nicht doch, die vom 10. Dezember gilt ja steuerrechtlich bereits wieder für das nächste Jahr 1934 . . . Daß Sie nicht begreifen, Herr Schulze, wie sich rechtlich an der Höhe Ihrer Steuerverpflichtung nichts geändert hat, aber auch rein gar nichts! Sie sprechen von einem fünften Griff in ihre Kasse, gerade so, als hätte die bloße Verwaltungsmaßnahme einer früheren Festsetzung des Vorauszahlungstermins sie gleich einer Steuererhöhung getroffen."

So—o—o—o . . .? bloße Verwaltungsmaßnahme? Tatsächlich leistete ich doch im Jahre 1932 eine Rate zuviel. Ich bezahle **25 Prozent Einkommensteuer mehr.** Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: die frühere Vorauszahlung wirkt so wie eine Steuererhöhung."

(Steuermann triumphierend): „Wirkt so wie — ist es aber nicht! Sehen Sie, das ist es."

„Nanu, keine Steuererhöhung!? Was denn sonst? Etwa eine Art Zwangsanleihe — aber wann erstatten Sie die dann zurück?"

„Wie diese Maßnahme auf Sie wirkt, Herr Schulze, ist natürlich Ihre Sache. Tatsächlich handelt es sich um eine reine Verwaltungsmaßnahme. Eine endgültige Verrechnung und dann etwa erforderlich werdende Rückerstattung von Steuerbeträgen kann, wie sonst üblich, erst nach Aufhören Ihrer Steuerverpflichtungen erfolgen."

„Genug, genug, ich danke Ihnen, Herr Oberfinanzmann. So sehe ich denn, daß diese „reine Verwaltungsmaßnahme", wie Sie sie genannt haben, zwar wirkt wie eine Steuererhöhung von 25%, aber „de jure" keine Steuererhöhung ist. Für mich ist alles „de jure" egal. Für uns Steuerzahler kommt es nur darauf an, was wir zahlen müssen. **Wenn Sie mich totschlagen, ist es mir wurst, ob der Jurist das Mord oder Totschlag nennt.**

Schulze verschwindet.

Drinnen der hohe Steuer-Mann:

„Fahren wir in unserem Brief fort!"

(Die Sekretärin wiederholt die letzten Worte des Diktats): „. . . daß die Rückerstattung beim Tode des Zensiten . . . ."

„. . . an die Erben oder bei sonstigem Aufhören seiner Steuerpflicht an den Steuerzahler selbst nach endgültiger Verrechnung zwischen seinem Steuersoll und den geleisteten Vorauszahlungen zu erfolgen hat."

Zum deutsch-belgischen Kohlenabkommen

Aus dem Reichswirtschaftsministerium erfahren wir:

„Entgegen anderslautenden Meldungen der Presse über den Inhalt des neuen deutsch-belgischen Kohlen-Abkommens ist festzustellen, daß über die Ausfuhr belgischer Kohle nach Deutschland nicht verhandelt worden ist und daß demnach die Meldungen über die Einräumung eines Kohlen-Kontingents für die Einfuhr belgischer Kohlen nach Deutschland unrichtig sind. Das deutsch-belgische Abkommen ist unter dem Vorbehalt abgeschlossen, daß die übrigen Kohleneinfuhrländer von Belgien gleichartig behandelt werden und daß Belgien seine eigene Förderung erneut etwa im gleichen Umfange herabsetzt, wie die Einfuhr sämtlicher Länder nach Belgien eingeschränkt wird. Eine Ratifizierung des Abkommens wird im Laufe dieser Woche erwartet.

Ob Belgien diesem nachkommen wird, bezweifeln wir, denn das würde eine Schädigung der belgischen Nationalwirtschaft sein; ein solchen Optimismus soll man von uns nicht verlangen.

Das Reich und die Gemeinden

Die ernste Finanzlage.

In den Haushaltsplan für das erste Vierteljahr des Rechnungsjahres 1932, der kürzlich durch Reichsnotverordnung in Kraft gesetzt wurde, ist eine Reichsbeihilfe zu den gemeinlichen Wohlfahrtslasten in Höhe von 75 Millionen RM. eingestellt. Die Höhe der Reichshilfe gründet sich auf den Stand der Arbeitslosigkeit vom Oktober 1931. Inzwischen aber bei den Kommunen die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen von 1,2 Millionen auf fast 2 Millionen, also um nicht weniger als ein 65 v. H. gestiegen. Würde man, wie es notwendig ist, als Stichtag für die Höhe der Reichshilfe nicht den Oktober 1931, sondern den März 1932 annehmen, so müßte die Reichshilfe von monatlich 25 Millionen auf monatlich 40 Millionen erhöht werden.

Offenbar will man die Entscheidung über die endgültige Höhe der Reichshilfe für die Gemeinden erst dann treffen, wenn über die Reform der Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosenfürsorge Klarheit besteht.

Inzwischen sind die Gemeinden zusammengebrochen und die Wohlfahrts-Erwerbslose weiter verelendet.

Hoffnung auf Segen!

Die marxistischen Konsumvereine wünschen steuerliche Bevorzugung — Auf Kosten des Mittelstandes

Daß die Sozialdemokratie mit äußerster Kraft versucht, ihre unrettbar erschütterte Machtstellung in Preußen zu verteidigen, hat sehr viele Gründe. Zu diesen Gründen gehört beispielsweise auch, daß ein Sturz der sozialdemokratischen Herrschaft in Preußen sehr wahrscheinlich den finanziellen Zusammenbruch der freien Gewerkschaften und der marxistischen Konsumvereine nach sich ziehen muß. Dies gilt vor allem für

die Konsumvereine,

die nicht nur eine ausgesprochene marxistische Parteigründung sind, sondern auch von allem Anfang an dazu dienen sollten, dem gewerblichen Mittelstand das Genick zu brechen. Die Konsumvereine haben sich nun, begünstigt von der parteipolitischen Konjunktur, unverhältnismäßig stark ausgedehnt, d. h. Läden über Läden eröffnet, während die Zahl der Mitglieder wenig oder garnicht zugenommen hat. Der geschäftliche Aufbau der Konsumvereine besteht darin, daß sie ihren Mitgliedern Rabatte gewähren, die auf Sparkonto angelegt werden, wozu noch kommt, daß die Mitglieder selbst bei den Konsumvereinen ihre Ersparnisse aus Löhnen anlegen. **Die Krise hat diesen geschäftlich wenig überlegten Aufbau schwer erschüttert, denn die Mitglieder sind nun vielfach gezwungen, Beträge von ihren Sparkonten abzuheben, wozu die Konsumvereine bei wachsenden Ansprüchen nicht mehr imstande sind.** Sie selbst haben ja die Sparsummen zum Teil im Ausbau der konsumeigenen Fabriken und Unternehmungen angelegt, die heute durchweg mit Verlusten arbeiten. Das hängt mit dem Rückgang des Absatzes zusammen, wobei die Konsumvereine wieder einen Anschauungsunterricht empfangen, daß es mit der Uebersetzung des Produktionsapparates eine eigene Sache ist. Was tun nun die Konsumvereine, um aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen?

Sie haben sich an den Reichsfinanzminister um eine — Subvention gewandt!

Allerdings wollen die Konsumvereine das nicht wahr haben. Sie behaupten zu ihrer Verteidigung, sie hätten nur **die zu Unrecht erhobene Sonderumsatzsteuer zurückgefordert.** Was ist eine zu Unrecht erhobene Sonderumsatzsteuer? Wenn die Sozialdemokratie behauptet, sie sei die treueste Stütze der Verfassung von 1919, so muß sie sich diese Stützung auch steuertechnisch etwas kosten lassen. Wenn also die Konsumvereine, die doch nur ein Teil der Sozialdemokratie sind, im Rahmen der Gesetzgebung gerade so wie die Warenhäuser mit einer Sonderumsatzsteuer belegt werden, so ist diese Besteuerung **ebenso wenig ungerecht, wie es alle anderen Steuern und Abgaben auch sind.** Wenn jede Erwerbsgruppe Sondersteuern mit der gleichen Begründung zurückfordert, so wird der finanzielle Bankrott des Reiches und der Länder nicht aufzuhalten sein. Es handlet sich auch nicht um ein Pappenstiel bei dieser Rückforderung, sondern um **rund 20 Millionen Mark,** also um eine Summe, die das Reich notleidenden Wirtschaftsgruppen mehr als einmal verweigerte.

Es muß mit Entschiedenheit dagegen Einspruch erhoben werden, daß die Reichsregierung der Forderung der Konsumvereine entspricht, denn es besteht nicht die geringste Aussicht, daß die Konsumvereine diese Summe jemals zurückzahlen. Auch den Konsumvereinen bleibt nichts anderes übrig, um wieder auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu kommen, als ihren übersetzten Produktions- u. Verwaltungsapparat abzubauen, auch wenn das mit Verlusten verbunden ist. Daß aber die Allgemeinheit, daß vor allem der verarmte Mittelstand Steuern zahlen muß, um die Konsumvereine über Wasser zu halten, das wäre so ziemlich der Gipfel sozialdemokratischer Machtpolitik.

Keine Offenlegung der Steuerlisten

Die vom Reichstag in einer Entschließung gewünschte Vorlegung eines Gesetzes zur Offenlegung der Steuerlisten lehnt die Reichsregierung in ihrer Antwort auf die Entschließung unter Berufung auf eine Denkschrift ab, in der sie die Erfahrungen des Auslandes mit der Offenlegung von Steuerlisten zusammengefaßt hat.